www.roteanneliese.ch

# ROTE ANNELIESE

NR. 235 | DEZEMBER 2015 | FR. 8.–

Die kritische Stimme des Oberwallis

RA-Debatte:

## Für eine neue Linke

Seite › 3

Kita:

## Naters steckt in den Kinderschuhen

Seite › 7

Reportage:

## Frauenbewegung in Argentinien

Seiten › 12/13

Jean Baudrillard:

## Der symbolische Tausch und der Tod

Begriffe wie Simulation oder Hyperrealität sind mit dem französischen Soziologen, Philosoph und Medientheoretiker untrennbar verbunden.

Seite › 14/15

Oskar Freysinger in Deutschland:

# Der Walliser Staatsrat macht sich zum Pinocchio

Seite › 4–6

2. Gotthardröhre:

# Die Walliser Politiker machen Verlagerung kaputt

Seite › 9–11

# Hinschauen, hinterfragen, mitreden

***Liebe Leserinnen, liebe Leser***

*Wer sich unbeobachtet fühlt, neigt oft dazu Aussagen zu machen, die so nicht der Wahrheit entsprechen. So auch SVP-Staatsrat Oskar Freysinger. Bei seinem Besuch bei der rechtskonservativen AfD in Essen machte er einige brisante Aussagen. Einige davon ziemlich weit hergeholt, andere schlichtweg gelogen. Damit Freysingers Aussagen einem breiteren Publikum zugänglich werden, als den 50 Nasen in Essen haben wir vorsorglich einen deutschen Kollegen zu Freysingers Politauftritt vorbeigeschickt. Apropos Nase, jene von Freysinger haben wir in dieser Aussage schon einmal auf die richtige Länge getrimmt. Mehr dazu gibt es auf Seite 6.*

*Daneben stehen im kommenden Februar wichtige Abstimmungen auf dem Programm. So etwa die Abstimmung über die zweite Gotthardröhre. Obwohl sich das Schweizer Stimmvolk schon mehrfach dafür ausgesprochen hat, dass der Gütertransport auf die Schiene gehört, kann es die Gotthard-Strassenlobby nicht lassen. Sie versucht mit allen Tricks, eine zweite Gotthardröhre durchzustieren. Warum eine zweite Gotthardröhre auch aus Walliser Sicht abzulehnen ist, lesen Sie in dieser Ausgabe. Neben der Abstimmung über die zweite Gotthardröhre geht die Initiative der Jungsozialisten für einen Spekulationsstopp mit Lebensmitteln fast unter. Wir haben Juso Mitglied und SPO-Sekretär Sebastian Werlen zum Interview gebeten und über die Initiative seiner Partei befragt.*

*Neben alledem wollen wir auch Sie, liebe Leserinnen und Leser wieder mehr in den politischen Diskurs miteinbeziehen. Wir öffnen deshalb unsere Zeitung auch für Leserbriefe. Der Anfang macht dabei eine Zukunftsdiskussion über die Perspektive der Linken. Lesen Sie dazu meinen Beitrag zur RA-Debatte auf Seite 3. Doch auch Leserbriefe zu anderen Themen sind stets willkommen.*

*Es bleibt mir zum Schluss noch zu danken. Zu danken für Ihre Treue, die Sie der Roten Anneliese erweisen. Denn ohne Sie gibt es keine Rote Anneliese. Mit dieser Ausgabe erhalten Sie auch gleichzeitig die Abo-Rechnung für das Jahr 2016.*
*Ich wünsche Ihnen im Namen aller RA-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie des gesamten Vorstandes frohe Festtage und einen guten Start in das neue Jahr.*

*Martin Germann, Redaktor*

# Inhalt


**RA-Debatte:**
Wie weiter mit der Linken? 3

**Freysinger:**
Sein Besuch bei der AfD 4–6

**Kita:**
Naters schwer im Rückstand 7

**Simplon:**
Lastwagen mit gefährlicher Fracht 8

**2. Gotthardröhre:**
Interview mit Andreas Weissen 9–11

**Reportage:**
Frauenbewegung in Argentinien 12/13

**Hilar Eggel:**
Der symbolische Tausch und der Tod 14/15

**Ein anderer Blickwinkel:**
Willkommen im Zeitalter der Robotik 16

**Interview mit Sebastian Werlen:**
Spekulationsstopp-Initiative 17

**Dicke Eier:**
Dies und das 18

**Agenda:**
Der Veranstaltungskalender der RA 19

**Berufsbildungskommission Brig:**
OGB interveniert 20



ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

**IMPRESSUM**

**HERAUSGEBER** Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis, Tel. 027 923 63 89, rote.anneliese@rhone.ch

**INTERNET** www.roteanneliese.ch

**FACEBOOK** facebook.com/rote.anneliese

**REDAKTOR** Martin Germann

**MITARBEITER** Hilar Eggel, Sebastian Weiermann, Manuel Jossen, Beat Jost, Michael Näpfli

**ILLUSTRATION** Joel Anderegg

**DRUCK** s+z:gutzumdruck, 3902 Brig-Glis

RA-Debatte

Nach dem Rechtsrutsch in den nationalen Wahlen:

# Für eine Linke mit Visionen – und konkreten Projekten

**Wallis** | Obwohl die Oberwalliser Linke bei den nationalen Wahlen nicht so schlecht abgeschnitten hat, ging der zweite Nationalratssitz verloren. Für Verunsicherung auf linker Seite sorgte vor allem der Rechtsrutsch im Parlament, der sich bereits vor den Wahlen abgezeichnet hatte. Wir wagen eine Wahlanalyse sowie ein Blick in die Zukunft. **Martin Germann**

Die nationalen Wahlen liegen bereits einige Wochen zurück. Es blieb genug Zeit, die eigenen Wunden zu lecken und die Wahlresultate genauer zu analysieren. Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass der befürchtete Rechtsrutsch tatsächlich zur Realität wurde. Das Parlament in Bern wird nun dominiert von einer rechtsbürgerlichen Mehrheit; einer Mehrheit die wohl kaum Gutes erwarten lässt für die nächsten vier Jahre. Was bleibt ist auch die Ernüchterung auf linker Seite. Gerade im Wallis ist diese mit dem Verlust des zweiten Nationalratsitzes besonders gross. Obwohl das Wallis einen zusätzlichen Nationalratssitz erhalten hat, konnte die Linke den zweiten Sitz nicht verteidigen.

Der gesamtschweizerische Abstieg der Grünen liess sich mit den thematischen Schwerpunkten vor den Wahlen teilweise erklären. Klimaschutz und die endlich notwendige Abschaltung der Atomkraftwerke standen nicht im medialen und öffentlichen Fokus. Auf Seite der SP hingegen forderte der gewählte Zürcher SP-Ständerat Jositsch unverblümt eine Öffnung der SP nach Rechts. Diese Forderung käme faktisch einer Kapitulation der Sozialdemokratie gleich und wäre nur schon durch die Tatsache, dass in der Mitte bereits zahlreiche Parteien um die Wählergunst buhlen, alles andere als sinnvoll. Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Punkt: Nur weil Rechtskonservativ bei den Wählerinnen und Wählern momentan stark punkten kann, heisst das noch lange nicht, dass man als Sozialdemokratie erfolgreich ist, wenn man auf diesen Zug aufspringt.

Vielmehr gilt es, die eigenen Themen wieder mehr in den Vordergrund zu rücken. Auch medial. In der Flüchtlingsdebatte hat die Linke der SVP das Feld überlassen. Klar liegt das auch daran, dass sich deren populistische

Parolen besser auf den Titelblättern verkaufen lassen. Klar werden durch scheinbar einfache Lösungen, scheinbare Ängste einfacher befriedigt. Dennoch kommt die Diskussion rund um die Flüchtlingsdebatte teilweise einer Kapitulation der Linken gleich.

Was mir fehlt, ist eine Linke mit Visionen. Eine Linke mit konkreten Projekten. Eine Linke, die auf Basis-Bewegung setzt, statt sich immer mehr von den opportunistischen Regierungsmitgliedern und Parlamentariern dominieren zu lassen. Und eine Linke, die es wieder wagt, die aktuell herrschenden Verhältnisse radikal in Frage zu stellen. Dass es in der heutigen Schweiz durchaus noch Platz für Visionen hat, zeigen die Initianten für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Man kann über den Sinn oder Unsinn dieser Initiative geteilter Meinung sein. Aber die Initiatoren beweisen Mut, indem sie ihre Vorstellung für eine völlig neue Wirtschaft aufzeigen und dieser Forderung immerhin mit 126 000 gesammelten Unterschriften Gehör verschaffen konnten. Themen für gute, linke Projekte und Bewegungen gäbe es mehr als genug. Um nur einige zu nennen: Der ökologische Umbau auch zur Weiterentwicklung unseres Industrie-Werkplatzes; bezahlbare Kindertagesstätten für alle; die Cannabis-Legalisierung, eine erschwingliche Alterspflege, die nicht arm macht; der Wasserkraft-Heimfall verknüpft mit einer Sonnenenergie-Offensive.

Bei der SP existiert die Forderung nach einer Überwindung des Kapitalismus momentan nur auf dem Papier. Dabei zeigt sich tagtäglich, dass dieses System schon längst gescheitert ist. Trotzdem macht man lieber Wahlkampf mit 70 Franken monatlich mehr Rente, anstatt dass man den Forderungen des eigenen Parteiprogramms Gehör verschafft. Dass radikale linke Ideen in der Bevölkerung durchaus Gehör finden können, zeigt die Wahl von Denis de la Reussille, seines Zeichens Vertreter der Partei der Arbeit Neuenburg, in den Nationalrat.

Auch in der EU-Frage wird sich die Linke fragen müssen, welche Position sie in Zukunft beziehen will. Denn dass die Meinungen über einen EU-Beitritt auch innerhalb der Linken auseinander gehen, zeigt ein Blick auf den Smartvote-Fragebogen der Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen. Bloss sieben von den neunzehn Oberwalliser Kandidatinnen und Kandidaten auf den linken Listen, befürworten Beitrittsverhandlungen mit der EU in den nächsten vier Jahren. Rund 63 Prozent lehnen solche also ab. Die Meinungen über einen EU-Beitritt innerhalb der Linken sind also weniger klar, als es teilweise den Anschein macht. Denn von ihrem Grundgedanken von einem vereinten Europa ist die EU immer mehr abgewichen. Die EU ist zu einer bürokratischen Institution im Dienste des Neoliberalismus verkommen. Die Fraktionsführerin der deutschen Partei «Die Linke» Sarah Wagenknecht drückte es in einem Interview diesen Sommer treffend aus: «Alles deutet darauf hin, dass es immer mehr Integrationsschritte gibt, die jede nationale Souveränität erledigen. Wenn in Zukunft die Haushalts- und sogar die Lohnpolitik in den Mitgliedsstaaten von EU-Technokraten gesteuert werden soll, dann gibt es letztlich keinen Raum mehr für demokratische Entscheidungen, und die Ergebnisse von Wahlen werden so irrelevant, wie wir das gerade in Griechenland erleben.» Eine neue Debatte innerhalb der Sozialdemokratie zum Thema EU-Beitritt wäre also zwingend erforderlich.

Angesichts der schwierigen parlamentarischen Verhältnisse wäre eine Debatte über die eigene Positionierung der Linken durchaus wünschenswert. Es würde sich lohnen, dabei immer im Hinterkopf zu haben, dass Ideen durchaus auch einmal frech und visionär sein dürfen. ■

**RA-Debatte**

**Eure Meinung interessiert uns**

Was sagt ihr zur Forderung die Linke müsse wieder Visionen und konkrete Projekte entwickeln – statt nach rechts zu rutschen? Eure Meinung interessiert uns. Schreibt uns:

**rote.anneliese@rhone.ch oder per Post an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig**

Oskar Freysinger

### SVP-Staatsrat Freysinger feuert die Rechtspopulisten im deutschen Essen an:

# «Bei uns wird zu viel gebumst und zu wenig produziert»

**ESSEN (D) |** Am 31. Oktober war Oskar Freysinger in Deutschland zu Gast, genauer gesagt in Essen im Ruhrgebiet. Der SVP-Staatsrat für Bildung und Sicherheit trat bei einer Veranstaltung der rechtspopulistischen Partei «Alternative für Deutschland» (AfD) auf. Das offizielle Thema der Veranstaltung lautete «Wohin steuert Europa?». Freysinger war an dem Abend in Essen der Star-Gast und enttäuschte seine rechten Zuhörer nicht.

**Sebastian Weiermann (Dortmund)**

Die Veranstaltung findet in einem Restaurant im vornehmen Essener Süden statt. Nur mit vorheriger Anmeldung kommen Teilnehmer auf die Gästeliste. Am Eingang steht trotzdem ein bulliger Sicherheitsmann und kontrolliert die Taschen der Besucher. Bei Veranstaltungen der AfD im Westen Deutschlands war es immer wieder zu Störungen gekommen. Säle wurden gekündigt, Antirassisten intervenierten im Publikum. Davor wollte man sich schützen.

Das Licht im Saal ist gedimmt, gut 50 Menschen haben sich eingefunden, um der Diskussion zu lauschen, zum grossen Teil Männer im mittleren Alter. Das Publikum ist sichtlich gespannt auf den Schweizer Gast. Schon vor Veranstaltungsbeginn bilden sich immer wieder Trauben um Freysinger, man will Einschätzungen von ihm hören. Staatsrat Freysinger antwortet auf die Klagen seiner Zuhörer mit einem «Diese Scheiss-Politiker!». Auf die «Überfremdung» angesprochen sagt Freysinger: «Bei uns wird zu viel gebumst und zu wenig produziert.» Bei Muslimen sei dies anders.

### Freysinger punktet mit Hetze gegen Muslime

Mit Freysinger auf dem Podium sitzen der AfD-Politiker Stefan Möller, Mitglied des Landrats in Erfurt, und AfD-Gründungsvater Martin E. Renner. Unter Beifall angekündigt wird Freysinger als «Schweizer Spitzenpolitiker, der uns das Fürchten gelernt hat». In seinem Vortrag versucht er, seinem Ruf gerecht zu werden und polemisiert, der Islam betreibe eine «geostrategische Invasion Europas». Diese geschehe auch über die Geburt von Muslimen in europäischen Ländern. Für den Islam spiele es eine untergeordnete Rolle, ob er in 20 oder 30 Jahren die Bevölkerungsmehrheit stelle. Für solche Thesen erhält Oskar Freysinger viel Applaus beim Publikum. Für Freysinger ist der Islam Schuld an der «urbanen Gewalt» in europäischen Grossstädten, Zuhörer zischeln etwas von «U-Bahn-Schlägern», die meist Türken seien. Mit Hetze gegen Muslime kann Oskar Freysinger an diesem Abend am besten punkten, und das merkt und nutzt er. So spricht er auch über Kopftücher, die «nicht mehr geduldet» werden dürften.

Doch Oskar Freysinger ist kein dummer Rassist. Nein, seine Thesen verkauft er dem deutschen Publikum als die Wahrung der europäischen Identität. Seine Heimat sei «der Panzerschrank der europäischen Geschichte» und das «in Freiheit pochende Herz Europas». Damit trifft er bei den AfD-Anhängern den richtigen Nerv. Die AfD fühlt sich in einen Kampf gegen, wie es Martin E. Renner auf dem Podium ausdrückte, «Systemlinge» der EU, die die «deutsche Kultur zerstören» wollten. Auch hier hat Staatsrat Freysinger aufmunternde Worte für die deutschen Rechtspopulisten. Man müsse sich bewusst machen, dass die Europäische Union auf «Komplexe der deutschen Schuld» aufgebaut sei, und die Deutschen sollten verstehen, dass sie ein Recht darauf hätten, Stolz auf ihre Identität zu sein.

## O-Ton Oskar Freysinger

- Aber die Gefahr, dass wir der EU beitreten ist momentan so gering. Die letzten Umfragen sind bei 85 Prozent Nein. Das ist fertig. Ein paar Linke und Grüne träumen noch davon. Aber bei den Anderen ist das fertig. Die versuchen erst gar nicht mehr, das dem Volk vorzulegen.
- Das, was da jetzt die Merkel abgelassen hat, hat definitiv den letzten Sargnagel eingeschlagen.
- Der Einzige, der den Schengen-Vertrag richtig umgesetzt und respektiert hat, ist Orban. Und der wird von allen in die Pfanne gehauen.
- Sie haben vor sich ein billiges Opfer sukzessiver politischer Unfälle. Jedes Mal, wenn ich mit der Politik aufhören wollte, wurde ich in die nächste Etappe gewählt.
- Ich bürgere jedes Jahr im Wallis, in meinem Kanton – 320 000 Einwohner – 1200 Ausländer ein, 600 im Sommer und 600 im Winter ungefähr. (...) Diese Leute sind die grössten Patrioten. Immer wenn ich ihnen die Hand drücke, sie als Schweizer Bürger willkommen heisse, sagen sie mir, jetzt kann ich endlich für sie stimmen.
- Multikulti steht zur Gesellschaft, wie Gruppensex zur Liebe.
- Frage aus dem Publikum: Haben Sie eine Erklärung, warum sich alle Frauenrechtlerinnen, die Claudia Roth, die Künhnast (beides Grüne) wegducken bei dem Thema? Antwort Freysinger: Die gelungenste Internationale der Welt ist der Islam. Und die Sozis sind Internationalisten. Die haben damals ja schon mit den Palästinenser zusammen trainiert. Da gab es immer Verbindungen.

Nachdem Oskar Freysinger und die beiden AfD-Politiker ihre Reden gehalten haben, werden noch ein paar Fragen gestellt. Eine Kontroverse kommt dabei nicht auf. Fragesteller und Redner bestätigen sich gegenseitig in ihren rassistischen oder islamfeindlichen Thesen. Es ist spät geworden in Essen, bis zur Fragerunde haben es nur etwa 30 Zuhörer im Saal ausgehalten. Zum Abschied trägt Freysinger ein Gedicht vor und bekommt von den Veranstaltern eine – Achtung Ruhrgebietsklischee! – Grubenlampe geschenkt. Besonders eifrige Anhänger der AfD scharen sich um ihn, um weiter zu debattieren.

> «Kopftücher dürfen nicht mehr geduldet werden.»

Der Auftritt bei der kleinen AfD in Essen dürfte für Oskar Freysinger kein besonderes Highlight gewesen sein. Aber die AfD könnte für die SVP der erste ernsthafte rechtspopulistische Bündnispartner in Deutschland werden. Freysinger trat vor Jahren bei der Gründung der Kleinstpartei «Die Freiheit» auf, andere SVP-Mitglieder pflegten Kontakte zur Gruppierung «Pro NRW». Beide spielen im deutschen Parteienspektrum keine nennenswerte Rolle. Für die AfD trifft das nicht zu. Sie profitiert von einer rassistischen Stimmung in Deutschland und würde nach aktuellen Umfragen sicher in den nächsten Bundestag einziehen. Ein lohnenswerter Bündnispartner für Freysinger, dem ein «Europa der Vaterländer» vorschwebt. ■

## Die AfD politisiert stramm rechts

Die «Alternative für Deutschland» (AfD) gibt es erst seit wenigen Jahren. Erstmals grösser in Erscheinung trat sie bei den Bundestagswahlen 2013, sie stellte sich gegen europäische Finanzhilfen für Griechenland und trat für ein Zurück zur «Deutschen Mark» ein. Schon in ihrer Gründungsphase wurde der AfD ein rechtspopulistisches Profil zugeschrieben. Es gab allerdings auch wirtschaftsliberale Kräfte in der Partei, allen voran ihren damaligen Vorsitzenden, den Hamburger Professor Bernd Lucke. Für den Einzug in den deutschen Bundestag reichte es 2013 nicht, erfolgreicher war die AfD bei den Europawahlen im Frühjahr 2014. Mit 7,1 Prozent der Stimmen zogen Bernd Lucke und sechs weitere AfD-Mitglieder in das Europaparlament ein. Auch bei den Landtagswahlen in verschiedenen deutschen Bundesländern war die Partei erfolgreich und ist nun in fünf Landesparlamenten vertreten.

Im Sommer dieses Jahres krachte es dann bei der AfD. Beim Bundesparteitag unterlag Bernd Lucke der sächsischen Abgeordneten Frauke Petry. Petry und ihre Gefolgsleute stehen für einen strammen rechten Kurs. Euro- und EU-Kritik spielen bei der AfD aktuell nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Themen, mit denen die Partei für Aufsehen sorgt, sind Flüchtlingspolitik und Islamfeindschaft. Die AfD springt damit auf das derzeit emotionalste Thema in der deutschen Politik auf. Über Flüchtlingszahlen, die Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration wird heiss diskutiert. Die AfD versucht, das Thema auch auf der Strasse zu besetzen. In Erfurt führt sie wöchentlich rassistische Demonstrationen gegen die Asylpolitik der Bundesregierung durch. An den Demonstrationen beteiligen sich auch verschiedene Neonazi-Organisationen. ■

Oskar Freysinger

Freysinger brüstet sich als starker Staatsrat:

# Aus dem Stegreif gelogen

**WALLIS |** Oskar Freysinger spielt sich bei der AfD in Deutschland als Staatsrat auf, der hart durchgreift – und verleumdet nebenbei die Grünen. Das Dumme dabei: Er prahlte mit Dingen, für die er gar nicht zuständig ist, und bog im Übrigen die Wahrheit mehr als zurecht.

**Beat Jost**

Keine Frage: Wenn Staatsrat Oskar Freysinger etwas kann, dann blitzsauberes Hochdeutsch sprechen. Vor allem wenn er aus seinen geschliffenen Gedichten und Fabeln rezitiert, wie bei seinem Auftritt am 31. Oktober bei der AfD im deutschen Essen (s. Reportage Seite 4/5). Doch wenn's ans politische Fabulieren geht, kommt selbst der ehemalige Deutschprofessor ziemlich ins Holpern und Stolpern – sprachlich und inhaltlich.

In Essen machte Freysinger auf dem Podium zwei erstaunliche Aussagen. So erstaunlich, dass die Rote Anneliese ihn damit konfrontierte und die Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfte. Das Resultat: Der Walliser Polizei- und Justizdirektor hat aus dem Stegreif ziemlich gelogen.

## Aussage 1: Die Schnellzugsverfahren im Simplontunnel

Staatsrat Freysinger brüstete sich bei den Deutschen, dass seine SVP nun bei 30 Prozent liege und man schon Einiges bewirken könne. O-Ton Oskar: *«Und ich zum Beispiel bin jetzt Minister in einer Regierung. Ich bin nur einer unter fünf. Aber in diesen Bereichen, im Bereich Sicherheit, wir haben jetzt zum Beispiel einen starken Andrang im Nachtzug durch den Simplon. Wir schicken die systematisch zurück; systematisch. Die holen wir aus dem Zug und in den nächsten rein wieder nach Italien (starker Beifall).»*

Wir stellen Freysinger drei Fragen dazu.

**Erstens:** Aufgrund welcher rechtlichen Zuständigkeit bzw. aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage führen Sie als Walliser Staatsrat bzw. die Walliser Kantonsregierung diese umgehenden Rückschaffungen buchstäblich im Schnellzugsverfahren aus?

**Antwort Freysinger:** *«Schengen-Dublin. Rückführung ins Erstaufnahmeland.»*

**Zweitens:** Welche Personaleinheit des Kantons Wallis führt diese systematischen Rückschaffungen von Zug zu Zug aus?

**Antwort Freysinger:** *«Das Grenzwachtcorps mit Hilfe der Kantonspolizei.»*

**Drittens:** Wie viele Personen ohne gültige Einreisepapiere wurden im laufenden Jahr bis dato auf die von Ihnen geschilderte Weise vom Kanton Wallis zurückgeschafft?

**Antwort Freysinger:** *«Genaue Zahl im Moment nicht zur Verfügung. Bin in einem Bunker. Übung im Fall eines Erdbebens. Aber mehr als tausend.»*

Die Rote Anneliese will wissen, was wirklich Sache ist, und fragt beim Bundesamt für Migration (BMI), bei der eidgenössischen Oberzolldirektion und der Flüchtlingshilfe Schweiz nach.

## Vernichtende Ergebnisse

Die Ergebnisse der Recherchen fallen für Freysinger vernichtend aus. Der Kanton Wallis und namentlich der Staatsrat sind weder für Asylsuchende noch für Einreisende ohne gültige Papiere zuständig.

Wer als Flüchtling im Zug sitzt und um Asyl ersucht, kann in keinem Fall in den nächsten Zug zurück nach Italien gesetzt werden. *«Die Flüchtlinge kommen in eines der sieben Empfangs- und Verfahrenszentren»,* erklärt BMI-Sprecherin Lea Wertheimer. Und Constantin Hruschka, Leiter Protection bei der Flüchtlingshilfe doppelt nach: *«Spätestens seit der Assoziierung der Schweiz an Schengen/Dublin ist eine formlose Wegweisung, also ein ‹einfach in den Zug setzen› nicht mehr erlaubt, da jede Rückübernahme und damit auch eine Ausschaffung in einem Verfahren abzuwickeln ist. Gegen eine solche Rückschiebung muss den betroffenen Personen auch eine Beschwerdemöglichkeit zur Verfügung stehen.»*

Konkret heisst das: Wenn ein Asylgesuch gestellt und die Person in Italien lediglich registriert wurde, ist die Notwendigkeit des Verfahrens in der Dublin-III-Verordnung festgelegt, die für die Schweiz aufgrund des Dublin-Assoziierungsabkommens (DAA) verbindlich ist. Falls ein Asylgesuch gestellt wurde und die Person bereits ein Aufenthaltsrecht («Asyl» oder anderer legaler Aufenthalt) in Italien hat, liegt kein Dublin-Fall vor. In beiden Fällen ist vor einer Ausschaffung ein Nichteintretensentscheid gemäss Art. 31a des Asylgesetzes zu fällen.

Nicht viel besser für Freysinger fällt der Bescheid bei der Oberzolldirektion aus. Für die Rückweisung von Personen, die ohne gültige Einreise- oder Aufenthaltspapiere einreisen – und nicht um Asyl ersuchen – ist allein das GWK des Bundes zuständig. Die Kantonspolizei leistet hier lediglich Assistenzdienste. In welcher Grössenordnung sich Rücküberstellungen des Grenzwachtkorps bewegen, geht aus Zahlen der Oberzolldirektion hervor. Demnach sind auf der Bahn in Brig in den ersten zwei November-Wochen 216 Fälle registriert worden.

## Aussage zwei: Grüne wollen Zweitwohnungen enteignen

Freysinger macht in Essen praktisch im gleichen Atemzug eine Aussage, die aufhorchen lässt. Zitat: *«Wir wissen ja nicht mehr wohin mit den Leuten. Unsere Kapazitäten sind erschöpft. Und jetzt kommen schon irgendwelche Grüne im Parlament und sprechen von Enteignung; man könnte ja die Zweitwohnungen brauchen, um Asylanten unterzubringen. Ja sogar die Besitzverhältnisse werden über den Haufen geworfen.»*

Wir fragen bei Freysinger nach, welche Grüne uns enteignen wollen. **Seine Antwort:** *«Balthasar Glättli».* Der Zürcher Nationalrat und Chef der Fraktion der Grünen im Bundeshaus also. Glättli reagiert auf unsere Nachfrage aufgebracht: *«Es ist falsch, dass ich die Enteignung verlangte. Ich hatte die Frage nach den rechtlichen Rahmenbedingung für die Unterbringung von Flüchtlingen in Zweitwohnungen in Notsituationen gestellt.»*

Tatsächlich stellte Glättli in der nationalrätlichen Fragestunde im September 2015 zwei harmlose Fragen: *«Welche Rahmenbedingungen bestehen für die temporäre Nutzung von Zweitwohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Falle grösserer Flüchtlingszahlen? Sieht der Bundesrat hier ein Potenzial, und ist er gegebenenfalls bereit, die Kantone bei der Nutzung dieses Potenzials zu unterstützen?»*

**Daraus wurde bei Staatsrat Freysinger in Deutschland polemisch eine «Enteignung» und «Besitzverhältnisse», die «über den Haufen geworfen werden». Dass dieser ausgewachsene Pinocchio nicht Bundesrat wurde, ist irgendwie schade – fürs Wallis.** ■



Das Oberwallis braucht mehr und bezahlbare Kindertagesstätten-Plätze:

# Kita nitda: Naters hat den Schwarzen Peter

**OBERWALLIS |** Sie haben fantasievolle und märchenhafte Namen wie «Mogli», «Ringelreija» oder «Spillchischta». Doch damit hat es sich schon. Wenn es um die Bereitstellung von ausreichenden und bezahlbaren Plätzen in Kindertagesstätten (Kita) geht, wird's harzig statt spielerisch. Ein besonders krasser Fall ist die Gemeinde Naters.

**Beat Jost**

«Ohne Kita keinen Job, mit Kita kein Geld: Junge Eltern in der Schweiz leiden unter den extrem hohen Betreuungskosten»: So brachte das Newsportal Watson kürzlich die Situation bezüglich Kindertagesstätten (Kita) auf den Punkt. Was für die Schweiz insgesamt gilt, trifft für das Oberwallis noch viel drastischer zu: Es hat nicht nur zu wenig Plätze, es hat vor allem für Familien mit mittleren und kleinen Einkommen zu wenig bezahlbare Plätze.

Wer beispielsweise in Brig, Visp oder Naters mit einem durchschnittlichen steuerbaren Einkommen sein Kind wenigsten drei Mal in der Woche in die Kita bringt, zahlt dafür schnell einmal 6000 bis 8000 Franken pro Jahr. Hinzu kommt, dass ausgerechnet der Kanton Wallis – die angebliche Familien-Partei CVP lässt grüssen! – mit maximal 3000 Franken schweizerisch den mickrigsten Steuerabzug für Fremdbetreuungskosten bei den Kantons- und Gemeindesteuern gewährt.

Dass wir uns mit dieser rückständigen Kita-Politik mehrfach ins eigene Fleisch schneiden, bestreiten nur noch die uneinsichtigen Anhänger des traditionellen Familienbildes: Selbst bis hinein in die SVP ist anerkannt, dass Kitas die Entwicklung der Kinder begünstigen, den gesellschaftlichen Fortschritt und die Gleichberechtigung fördern und für die Wirtschaft immer wichtiger sind. Und trotzdem haben die Kitas politisch einen schweren Stand. Und es gibt in Bezug auf Ausbaustand ganz massive Unterschiede selbst zwischen den Zentrumsgemeinden Brig, Naters und Visp, wie eine RA-Umfrage ergab. Ein Überblick:

## Brig-Glis: 76 Kita-Plätze

Brig-Glis mit nahezu 13 000 Einwohner und als Standort wichtiger Betriebe verfügt derzeit über 76 Kita-Plätze in der «Ringelreija» für Kinder ab 3 Monaten und bis zum Kindergarteneintritt. Dazu gibt's 54 Mittagstisch-Plätze für Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter. «Die Nachfrage ist gross, die Betreuungsplätze sind ausgebucht. Bei den Zwei- bis Fünfjährigen gibt's einige Kinder auf der Warteliste», schildert Kita-Betriebsleiterin Claudia Volken die aktuelle Situation.

## Visp: 54 Kita-Plätze

Auf einem vergleichbaren Angebotsniveau wie Brig-Glis bewegt sich Visp, das mit 7345 Einwohnern fast nur halb so gross ist, aber als Industriezentrum mit insgesamt 8500 Arbeitsplätze wirtschaftlich eine grosse Bedeutung hat. Visp verfügt in der Ganztagesbetreuung über 44 Kita-Plätze für Kinder ab 3 Monaten und bis zum Kindergarteneintritt. Dazu kommen 10 Plätze in der Halbtagesbetreuung für Kinder ab zwei Jahren und bis zum Kindergarteneintritt. Der zuständige Gemeinderat Paul Burgener (CVP) sagt dazu: «Die Kleinkinderplätze in der Ganztagesbetreuung sind ausgebucht und es hat einzelne Kinder, die auf einen zusätzlichen Betreuungstag warten.» Der Gemeinderat plant derzeit einen weiteren Kita-Ausbau im Schulhaus Baumgärten Nord.

## Naters: 22 Kita-Plätze

Erschreckend ist die Situation in der zweitgrössten Oberwalliser Gemeinde Naters. Das Dorf wird demnächst mit 10 000 Einwohnern definitiv städtisch. In der Kita «Mogli» hat es aber nur gerade 22 Plätze – einwohnerbereinigt ein Drittel des Briger Angebots! Das ist viel zu wenig, wie der für die ausserschulische Betreuung zuständige Koordinator Reinhard Jossen einräumt: «Wir haben insbesondere bei den Kindern ab drei Monaten und bis 19 Monate eine grosse Nachfrage, die wir nicht decken können.»

Dabei hat der ehemalige, zuständige Gemeinderat Hans-Josef Jossen (SP) das Problem schon vor Jahren erkannt und noch vor seinem Rücktritt vor drei Jahren gleich vier mögliche Ausbau-Varianten erarbeiten und prüfen lassen. Dies nachdem die von Gemeindepräsident Manfred Holzer (CVP) forcierte Miet-Lösung in der Axa/Winterthur-Überbauung auf dem ehemaligen Gertschen-Areal sich als sündhaft teuer und politisch nicht machbar herausstellte. Die jungen Familien und ihre Kinder hatten das Nachsehen. Was der neu zuständige SP-Gemeinderat Bernhard Imhof tun will, sagt er im nebenstehenden Kurzinterview.

Dass man bei den Kitas mehr tun kann und muss, macht derzeit die Gemeinde Bitsch: In der 850-Seelen-Gemeinde wird – aufgrund der grossen Nachfrage – 2016 eine neue Kita mit einem Dutzend Plätzen eröffnet. ■

Kurzinterview

**SP-Gemeinderat Bernhard Imhof:**

## «Wir müssen Druck machen»

Gemeinderat Bernhard Imhof (SP) ist in Naters als Ressortchef Bildung auch für die Kita zuständig. Wir haben ihn kurz zur prekären Situation befragt:

**Teilen Sie unsere Einschätzung, dass Naters viel zu wenig Kita-Plätze hat?**

Absolut einverstanden. Da muss tatsächlich etwas gehen. Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren die finanzpolitischen Prioritäten anders gesetzt. Doch jetzt sind die jungen Familien und ihre Kinder an der Reihe. Von einem guten Kita-Angebot werden alle profitieren: die Gemeinde, das Gewerbe und Naters als attraktives Wohngebiet.

**Und was werden Sie unternehmen?**

Als Erstes werde ich die von meinem Vorgänger Hans-Josef ausgearbeiteten Lösungsvarianten aus der Schublade holen und auf den Tisch des Gemeinderates legen. Wir müssen ja zum Glück nicht bei null beginnen.

**Was ist Ihr Ziel?**

Bis Ende der nächsten Verwaltungsperiode 2020 muss Naters gleichviel Kita-Plätze haben wie Brig-Glis heute. Und das zu Tarifen, die auch Familien mit kleinen Einkommen zahlen können.

**Das ist eine Vorgabe. Wird der Gemeinderat da mitmachen?**

Ich hoffe es. Geschenkt wird es uns sicher nicht. Wir, das heisst ich als Gemeinderat, die SP-Ortspartei und die interessierten Familien müssen Druck machen.

**Bernhard Imhof, danke für das Gespräch.**

Immer mehr Lastwagen mit gefährlicher Fracht:

# Gefahrenbombe Simplon gefährdet das ganze Wallis

**WALLIS |** 80 Prozent der alpenquerenden Gefahrenguttransporte durch die Schweiz führen über den Simplonpass. Innert zehn Jahren hat sich die Zahl der Lastwagen mit gefährlicher Fracht verdreifacht – Tendenz weiter steigend. Jetzt wollen die Italiener mit neuen LKW-Ausstellplätzen und Terminals in Iselle-Gondo noch einen drauflegen.

**Martin Germann & Beat Jost**

Es ist zu befürchten, dass die Attraktivität des Simplonpass in den nächsten Jahren für Lastwagen zusätzlich steigen wird. Das zeigt eine von den italienischen Behörden abgehaltene Pressekonferenz in Gondo am 30.November. Neben der Verbreiterung der Strasse ist unter anderem auch der Bau von Lastwagenparkplätzen geplant. Auf die Frage der anwesenden SPO-Grossrätin Doris Schmidhalter-Näfen, ob die Verantwortlichen Italiens eine Verlagerung der Gefahrengüter auf die Schiene unterstützen würden, gab es nur eine ausweichende Antwort. Diese Frage stehe noch im Raum. Die Diskussion darüber fange erst an. Alle Alarmglocken müssten läuten.

## Nur der Simplon ist ein A-Pass

Der Simplonpass ist die einzige alpenquerende Verbindung, auf der Gefahrenguttransporte quasi uneingeschränkt möglich sind. Der Grund dafür liegt vermutlich darin, dass gemäss den europäischen ADR-Standards, welche die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse definieren, am Simplon alle Tunnels der Kategorie A zugeordnet sind. Andere wichtige Transitkorridore wie der Gotthardtunnel, der San Bernardino oder der Grosse St. Bernhard sind dagegen in der Kategorie E klassifiziert. Das bedeutet, dass auf diesen Strecken nur gerade fünf Stoffe, zum Beispiel klinische Abfälle, transportiert werden können.

Das Resultat ist für das Wallis folgenschwer: Im Jahr 2012 fuhren mehr als 12 000 Lastwagen mit Gefahrengut über den Simplon – drei Mal so viel wie 2002. Im gleichen Jahr verzeichnete der Gotthard knapp 2000 Gefahrenguttransporte. Die eklatante Steigerung der Transporte am Simplon ist neben der Klassifizierung in der Kategorie A auf das allgemeine Wirtschaftswachstum, das auch mehr Strassentransporte verursacht, und insbesondere auf die zunehmende Attraktivität der Simplonstrasse aufgrund des Autobahnbaus im Rhonetal zurückzuführen. Trotzdem nehmen der Bundesrat und das Bundesamt für Strassen (Astra) die alarmierende Entwicklung auf die leichte Schulter und verniedlichen die Risiken bei jeder Gelegenheit als trag- und verantwortbar.

## Walliser Staatsrat schläft

Zwar gibt es nach den regelmässigen Unfällen am Simplon regelmässig parlamentarische Vorstösse in Sitten und Bern, insbesondere seitens der SP-Abgeordneten. Doch so richtig breiter und entschlossener Widerstand ist nicht auszumachen. Die Walliser Regierung schläft in dieser Frage mehr oder weniger und der Bevölkerung wird die Sicht auf die wahren Gefahren mit politischer Polemik um den Wolf und andere Grossraubtiere vernebelt.

Dabei sind die mittlerweile 15 000 Gefahrenguttransporte über den Simplon eine zehntausend Mal grössere Gefahr für die Menschen in den Siedlungsgebieten bis hinunter an den Genfersee. Allein das unmittelbar an die Simplonstrasse angrenzende Siedlungsgebiet von Brig-Glis, Naters, Ried-Brig und Termen zählt rund 25 000 Einwohner. Unfälle wie der am 28. Januar 2015, als ein mit Aceton beladener Tank-Sattelschlepper mit Tempo 100 ungebremst den Brigerberg hinunterraste und nach der Höllenfahrt im Glisergrund ins Biotop stürzte, könnten rasch noch viel verheerendere Folgen für die Bevölkerung haben.

## Wallis hätte gute Argumente

Der Simplonpass gilt nur wegen den kurzen Tunnels als verhältnismässig ungefährlich. Andere, wichtige Beurteilungskriterien werden dagegen offenbar ignoriert. Dabei hätten der Walliser Staatsrat und die Parlamentarier gute Argumente, in Bern auf den Tisch zu klopfen. Am Simplonpass geht es nämlich ziemlich steil bergauf und bergab. 11 von 20 Kilometer, nämlich die Strecke zwischen Schallbergtunnel und dem Kreisel Gamsen weisen 9 Prozent Gefälle auf. Dazu kommen zahlreiche Kurven, welche bei den oft sehr mangelhaft ausgerüsteten Lastwagen zusätzlich einen permanenten Materialverschleiss bewirken.

Und dann müsste die Kantonspolizei auch mit täglichen, systematischen Kontrollen, ausgeführt von spezialisierten Fachleuten mit entsprechendem technischem Equipment, durchgreifen. In der sogenannten Stofftabelle sind rund 1700 gefährliche Güter mit UN-Nummern aufgeführt. Was verbirgt sich dahinter? Wie viele Transporte sind falsch deklariert? Sind die Lastwagen technisch in Ordnung? Und wie steht es mit der Einhaltung der Fahr- und Ruhezeitvorschriften der Chauffeure?

Fragen über Fragen. Die Tatsache, dass man bei der Polizei in Sitten auch nach zehn Tagen fünf einfache Fragen der Roten Anneliese (siehe Box) nicht beantworten kann, zeigt, wie die Sache im Argen liegt. ■

### Fünf Fragen – und keine Antworten

Am 24. November haben wir dem kantonalen Polizeidirektor Oskar Freysinger fünf konkrete Fragen zur Kontrolle des Schwerverkehrs und der Gefahrenguttransporte im Wallis gestellt. Auch zehn Tage später war der Staatsrat offenbar nicht in der Lage, diese fünf Fragen zu beantworten:

1. **Verfügt der Kanton Wallis bzw. die Walliser Kantonspolizei über die nötigen Fachleute für die Kontrolle und Analyse des Schwerverkehrs mit Gefahrengut?**
2. **Wenn ja, um was für Fachleute und um wie viele handelt es sich dabei konkret?**
3. **Wie viele Lastwagen mit Gefahrengut wurden im laufenden Jahr bis dato kontrolliert?**
4. **Wie viele Beanstandungen (nicht oder falsch deklariertes Gefahrengut; Mängel am Fahrzeugen; Nichteinhalten von Arbeits-, Ruhe- und Fahrzeiten etc.) wurden dabei festgestellt?**
5. **Welche Sanktionen wurden in diesen Fällen ausgesprochen bzw. verfügt?**

Trotz der Funkstille in Sitten: Die Rote Anneliese bleibt dran.



2. Gotthardröhre

Interview mit Andreas Weissen zur 2. Gotthardröhre:

# «Ein Ja wäre eine Bankrotterklärung des Alpenschutzes und der Verlagerungspolitik»

**Wallis |** Am 28. Februar 2016 muss das Schweizer Stimmvolk über den Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard abstimmen. Warum diese unsinnige 2. Röhre auch den Interessen Wallis schwer zuwiderläuft, sagt Andreas Weissen, Ehrenpräsident der Alpeninitiative, im grossen Interview mit der Roten Anneliese.

**Beat Jost**

**Röhrenblick:** Mit dem Bau der 2. Gotthardröhre kommt ein Riesendruck auf die Schweiz zu, prophezeit Andreas Weissen (Bild rechts).

***Andreas Weissen, was muss es uns im Wallis kümmern, wenn am Gotthard mit der zweiten Röhre weitere drei Milliarden Franken buchstäblich verlocht werden sollen?***

Und wie es uns kümmern muss. Denn für das Wallis stehen am 28. Februar zwei ganz wichtige Forderungen auf dem Spiel. Erstens: Wir bringen die Transitgüter entweder auf allen Alpenübergängen auf die Schiene oder nirgends. Und zweitens: Schon mit der Hälfte der drei Milliarden Franken kann verkehrspolitisch Gescheiteres gemacht werden.

***Was konkret?***

Mit 1,3 Milliarden Franken kann die zweite Röhre des Lötschberg-Basistunnels endlich voll ausgebaut werden. Und mit ein paar wenigen Millionen zusätzlich kann der Lastwagenverlad durch den Simplontunnel realisiert werden. Das bringt dem Wallis und dem Alpenschutz viel mehr.

***Und trotzdem sind der Walliser Staatsrat und die gewählten Oberwalliser Parlamentarier in Bern – Amherd, Rieder, Ruppen und Schmid – unisono für eine 2. Gotthardröhre.***

Das ist leider so. Mir scheint, dass Viola Amherd nur aus Loyalität zu ihrer Parteifreundin und Verkehrsministerin Doris Leuthard für die zweite Röhre ist. Dann gibt es die Schlaumeier, die funktionieren nach der Logik: Man muss den Anderen etwas geben, in diesem Fall angeblich den Tessinern, dann bekommen wir beim nächsten Mal auch etwas. Und die ganz Gescheiten, die meinen, wenn man einen zweiten Strassentunnel durch den Gotthard baut, nehmen bei uns die Gefahrenguttransporte ab.

***Ist das so?***

Nein, im Gegenteil. Die Gütertransporte nehmen insgesamt zu und damit bei uns die Gefahrguttransporte, die an den anderen Alpenübergängen mit den langen Tunnels verboten sind. Es bleibt dabei: Die Verlagerung der Güter auf die Schiene ist der bessere Weg und der sicherere, auch wenn es nie eine hundertprozentige Sicherheit gibt.

***Wie die Walliser Politiker wollen auch die welschen Kantone nichts vom Alpenschutz wissen. 1994 lehnten sämtliche Westschweizer Kantone die Alpenschutz-Initiative ab. Wieso das?***

Diesmal wird es anders sein. Damals haben wir die Romandie in der Kampagne vernachlässigt, weil wir meinten, mit Alpenschutz sei dort kein Blumentopf zu gewinnen. Bei der Abstimmung über die Avanti-Initiative sahen wir in der Westschweiz ein ganz anderes Bild. Und das wird sich am 28. Februar fortsetzen, denn die 2. Gotthardröhre ist aus Westschweizer Sicht völlig absurd und reine Geldverschwendung.

***Peter Bodenmann, ein Mitstreiter damals bei der Alpeninitiative, schreibt***

### Zur Person

**Andreas Weissen** (58) ist Ehrenpräsident der Alpeninitiative. Er war Gründungsmitglied, langjähriger Präsident und Vize-Präsident der Alpen-Initiative (bis Mai 2009) und als Kampagnenleiter massgebend am Abstimmungserfolg der Volksinitiative zum Schutz des Alpengebietes beteiligt, die am 20. Februar 1994 vom Schweizer Volk mit 52 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde. Während neun Jahren (bis Oktober 2004) war er zudem Präsident der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA mit Sitz in Schaan/Liechtenschein. Seit Januar 2013 ist Andreas Weissen Schatzmeister des Netzwerks alpiner Schutzgebiete ALPARC. Andreas Weissen ist zurzeit für die Programme des Multimediafestivals BergBuchBrig und der Binner Kulturabende zuständig und tritt regelmässig als Sagenerzähler auf.

2. Gotthardröhre

***in der Weltwoche, die 2. Gotthardröhre sei so überflüssig wie der Heizer auf der Elektrolok, weil in Zukunft aufgrund der Elektromobilität und Roboterautos viel weniger Autos viel weniger Platz benötigen. Teilst du seine Einschätzung?***

Peter ist futuristischer und technisch versierter als ich. Ich denke, er könnte Recht bekommen. Wir können effektiv davon ausgehen, dass sich elektronisch gesteuerte Spur-und Abstandshalter durchsetzen und eine Revolution in Bezug auf die Sicherheit auf der Strasse auslösen werden.

***Gleichwohl will man am Gotthard einen zweiten Strassentunnel bauen, wo es dort bereits einen Autobahntunnel, eine Passstrasse und einen Eisenbahntunnel hat und nächstes Jahr mit dem neuen NEAT-Basistunnel noch der längste Tunnel der Welt dazukommt. Was treibt Bundesrätin Leuthard und Co. dazu?***

Die Röhrenturbos leiden am Röhrenblick. Sie sehen einfach nicht, dass die Schweiz ein komplett falsches, ja verheerendes Signal aussendet, wenn sie jetzt einen zweiten Strassentunnel baut. Mit der Annahme der Alpeninitiative haben wir in der Verkehrspolitik die Weichen in Europa neu gestellt. Die Richtung war klar: Die Schweiz verlagert den alpenquerenden Güterverkehr auf die Schiene. Mit dem Bau der NEAT-Basistunnels am Lötschberg und am Gotthard wurde diese Politik glaubwürdig untermauert. Darauf haben sich auch die Investoren eingestellt, beispielsweise in Genua, wo derzeit der Hafen für den Umschlag von Gütern, die grösstenteils durch die Alpen weiter befördert werden, massiv ausgebaut wird.

***Aber die Befürworter der 2. Gotthardröhre beteuern, man wolle die Strassen-Kapazitäten gar nicht erhöhen.***

Das ist ein Zug von Winkeladvokaten. Sie wollen mit diesem Kunstgriff das Volk verarschen, die Verfassung aushebeln und den Alpenschutz-Artikel rückgängig machen. Prognosen der EU rechnen mit einer Verdoppelung des Schwerverkehrs in den nächsten 30 Jahren. Dazu kommt, dass die Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) in der Schweiz dazu führte, dass pro Jahr rund 600 000 Lastwagen den Umweg über Österreich und 300 000 Lastwagen den Umweg über Frankreich nehmen. Wer zwei und zwei zusammenzählen kann, kann nur zum Schluss kommen: Ist der zweite Strassentunnel einmal gebaut, bleiben die Kapazitäten doppelt so hoch. Es wird ein Riesendruck auf die Schweiz zukommen, die beiden Strassentunnels am Gotthard ganz zu öffnen.

***Und was ist mit den Tessinern, die ohne 2. Röhre während der Sanierung des Tunnels drei Jahre lang von der übrigen Schweiz abgeschnitten wären?***

Ach, die armen Tessiner! Die jammern auf höchstem Niveau. Auch wenn der Strassentunnel während der Sanierung geschlossen bleibt, haben sie immer noch zwei vollausgebaute NEAT-Basistunnels, den alten Eisenbahntunnel mit zwei Röhren, den temporären Auto- und Lastwagenverlad und die Passstrasse. Und zudem gibt's noch die San Bernardino-Autobahn, auf der die Reise von Zürich ins Tessin höchstens 20 bis 30 Minuten länger dauert. Was die Tessiner für kurze Zeit erwartet, ist für uns im Wallis mit Lötschberg-Autoverlad oder dem Umweg via Genfersee seit Jahrzehnten Alltag und wird noch lange Alltag bleiben.

***Also, keine 2. Gotthardröhre. Wie sieht denn eure Alternativlösung für die Sanierungszeit aus?***

Ob eine einfache Sanierung oder die Deluxe-Variante, wie sie nun geplant ist, wir sind für folgende Massnahmen: Erstens sind die Bauarbeiten auf das Winterhalbjahr zu beschränken. In dieser Zeit passieren gerade mal durchschnittlich 14 000 Fahrzeuge pro Tag den Gotthardtunnel. Das ist weniger Verkehr als zwischen Brig und Visp. Zweitens fordern wir den Autoverlad durch den alten Gotthard-Bahntunnel. Die BLS, die am Lötschberg pro Jahr bis zu 1,3 Millionen Autos verlädt, hat ja angeboten, dass sie wenn nötig bis zu fünf Millionen Autos pro Jahr durch den Gotthard-Scheiteltunnel transportieren könne. Und drittens fordern wir eine kurze Rollende Landstrasse (Rola) für den nationalen und eine lange Rola für den internationalen Schwerverkehr.

***Und was ist mit dem Stau am Gotthard?***

Da wird völlig übertrieben. Die Staumeldungen wurden in den vergangenen Jahren nachweislich künstlich hochgetrieben. Selbst kürzeste Staus von einer Viertelstunde, wie sie sonst überall täglich dutzendfach vorkommen, werden über das Radio verbreitet. Und zudem behaupten ja die Befürworter, man wolle mit der 2. Gotthardröhre die Kapazitäten nicht erhöhen. Also kann es auch nicht weniger Stau geben.

***Hand aufs Herz: Sagt das Schweizer Volk am 28. Februar Ja zur 2. Gotthardröhre, wird auch dein verkehrspolitisches Lebenswerk zerstört.***

Mehr als das. Ein Ja wäre eine Bankrotterklärung des Alpenschutzes und der Verlagerungspolitik. Die neuen Neat-Eisenbahntunnels am Lötschberg und Gotthard würden zu einer einzigen, riesigen Fehlinvestition. Der Urner Regierungsrat Markus Züst hat es gut auf den Punkt gebracht: Mit der 2. Gotthardröhre würde die Schweiz erpressbar, ja sie wäre je nachdem sogar rechtlich verpflichtet, beide Strassentunnels voll aufzumachen.

***Und wie gehst zu mit einem möglichen Ja um?***

Ich hätte mir nie träumen lassen, dass es dazu kommen könnte. Ich habe immer auf demokratische Mittel und Wege gesetzt und war als ehemaliger Staatskundelehrer überzeugt, dass die Bundesverfassung respektiert wird. Wenn das nicht mehr gilt, bleibt mir wohl nur noch, als künftiger Co-Wirt im Heiligkreuz in Binn ab und zu den schmerzhaften Rosenkranz zu beten.

***Andreas Weissen, wir danken dir für das Gespräch.*** ■

## Links

### Mehr Infos

Weitere interessante Informationen, Fakten und Argumente zur Abstimmung vom 28. Februar 2016 über die 2. Gotthardröhre finden Sie unter:
www.alpeninitiative.ch
www.zweite-roehre-nein.ch
www.buergerliches-nein.ch

Bürgerliches Nein-Komitee mit 349 Mitgliedern aus allen Parteien:

## VS miserabel: Nur einer aus Isérables

Im aktuell 349-köpfigen bürgerlichen Komitee gegen die 2. Gotthardröhre finden sich prominente Politikerinnen und Politiker aus allen Parteien. Sogar die SVP ist mit sieben Leuten vertreten. Und das Wallis? Unglaublich aber wahr: Nahezu tote Hose!
Neben der christlichsozialen Grossratssuppleantin Marie-Paul Bender aus Martinach, die in der Linksallianz politisiert, ist nur ein einziger waschechter Walliser Bürgerlicher mit dabei: Der freisinnige Grossrat Narcisse Crettenand aus Isérables (Bild).
Der 60-jährige Telekommunikations-Techniker der Swisscom beweist politischen Mut und Weitsicht – und ist kein politischer Nobody. Seit 2001 sitzt er für die PRL im Grossen Rat und ist aktuell Mitglied der wichtigen Kommission Volkswirtschaft & Energie.
Alle anderen bürgerlichen Politikerinnen und Politiker stehen im Abseits. Und sind in guter Gesellschaft mit den Walliser Parlamentariern in Bern. Die neue Oberwalliser Delegation mit Viola Amherd (CVP), Beat Rieder (CVP), Franz Ruppen (SVP) und Roberto Schmidt (CSP) ist voll auf Gotthard-Kurs. Nachdem sie sich bisher nur sehr lau für den Vollausbau des Lötschberg-Basistunnels eingesetzt haben, rechtfertigen die Röhrenturbos ihren verkehrspolitischen Irrlauf mit vagen Kompensationshoffnungen. Konkret: Wenn es für den Gotthard drei Milliarden Franken gebe, komme beim nächstens Mal der Lötschberg zum Zug.
Es ist ein ungedeckter Scheck, mit dem Amherd, Rieder und Co. wuchern. Dafür nehmen sie fahrlässig in Kauf, dem Wallis zu schaden.

Weitere Infos zum bürgerlichen Komitee gegen die 2. Gotthardröhre:
**www.buergerliches-nein.ch**

Bundesrat verlängert die Gotthard-Sanierung absichtlich:

## Österreicher sanieren 4x billiger

Der Arlbergtunnel, der Vorarlberg mit dem Tirol verbindet, ist absolut vergleichbar mit dem bestehenden Gotthard-Strassentunnel. Baujahr, Tunnellänge und Fahrbahnen sind fast identisch (siehe Vergleich in der nachstehenden Tabelle). Und die Österreicher sanieren gegenwärtig ebenfalls. Allerdings 4x billiger als die Schweizer: Für 170 Millionen Franken statt für 750 Millionen Franken, die allein für die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels budgetiert sind.
Woher kommt diese enorme Preisdifferenz. Gemäss dem Zürcher «Tages-Anzeiger» wirft der Tessiner Thinktank «Rail Valley» – ein Verein zur Förderung der Innovation im Strassenverkehr – dem Bundesrat vor, die Sanierung des bestehenden Strassentunnels absichtlich zu überladen. Dahinter stehe das Kalkül, die Sanierung und damit die Tunnelsperre möglichst in die Länge zu ziehen, um die Chancen für den Bau der zweiten Gotthardröhre zu verbessern.
Konkret kritisiert «Rail Valley»: Die Anpassungen im Arlbergtunnel richten sich nach den geltenden Normen für bestehende Tunnels. Am Gotthard dagegen soll das Tunnelinnere komplett erneuert werden, um den EU-Normen für Tunnelneubauten nahezukommen. Das sei jedoch weder gesetzlich notwendig noch sinnvoll.
Fazit: Bundesrätin Doris Leuthard ist ganz offensichtlich jedes Mittel recht, um die Sanierung zu verteuern und die 2. Gotthardröhre durchzuboxen. Koste es was es wolle. Stand jetzt: Mindestens drei Milliarden Franken.

**Vergleich Gotthard / Arlberg**

| | **Gotthardtunnel** | **Arlbergtunnel** |
|---|---|---|
| Inbetriebnahme | 1980 | 1978 |
| Länge in Kilometer | 16.9 km | 13.9 km |
| Fahrbahnen (mit Gegenverkehr) | 2 | 2 |
| Fahrzeuge pro Tag | 17 354 (2014) | 8186 (2013) |
| Tunnelhöhe in Meter: | | |
| – vor Sanierung | 4.5 m | 4.5 m |
| – nach Sanierung | 4.8 m | 4.5 m |
| Sanierungskosten | 750 Mio. CHF (ohne Bau der 2. Strassenröhre) | 170 Mio. CHF |

Peter Bodenmann im welschen Nachrichtenmagazin L'Hebdo vom 19.11.2015:

## Von Baselland lernen

La chronique de Peter Bodenmann

Une leçon de Bâle-Campagne

50 MILLIONS DE VÉHICULES FRANCHISSENT actuellement le tunnel du Gotthard. Or nombre n'augmente plus

Durch den Gotthardtunnel fahren pro Jahr 6 Millionen Fahrzeuge. Seit Jahr und Tag steigt diese Zahl nicht mehr an. Obwohl der längste Eisenbahn-Basistunnel der Welt noch nicht eröffnet wurde. Obwohl noch immer mehr als eine gute halbe Million Lastwagen verfassungswidrig nicht auf die Schiene verlagert wurden. Etwas Staus gibt es nur während der Ferien.
Jede Durchgangsstrasse in einem mittleren Schweizer Dorf ist verkehrsmässig stärker belastet als der Gotthard-Strassentunnel. Trotzdem will das Astra jetzt erstens einen neuen Strassentunnel bauen. Und zweitens den bestehenden Tunnel im Nachgang aufwändig sanieren.
Neu stünden am Gotthard folgende Infrastruktur zur Verfügung: Erstens der längste Eisenbahntunnel der Welt. Zweitens der bestehende Eisenbahntunnel, der sich vorübergehend – analog dem Tunnel zwischen Kandersteg und Goppenstein – bestens für den Autoverlad eignet. Drittens eine vierspurige Autobahn, die nur zweispurig benutzt werden soll. Und viertens die gar nicht so schlecht ausgebaute Passstrasse.
Die Alternative liegt auf dem Tisch. Während der Sanierung des Gotthardtunnels kann man am Gotthard mit wenig Aufwand Lastwagen und Autos auf die Schiene verladen. Der restliche Verkehr kann über den Pass oder durch den San Bernardino rollen.
Mit dieser Lösung erspart der Bund drei Milliarden Franken. Diese drei Milliarden Franken kann man effektiver dort investieren, wo die Schweiz effektiv Verkehrsprobleme hat. Auch in der Westschweiz.
Ist ein Autoverlad nicht attraktiv genug? Der Simplon beweist das Gegenteil. Obwohl die Passstrasse immer besser ausgebaut wird, ziehen immer mehr Autofahrer den Autoverlad zwischen Brig und Iselle vor, obwohl dieser 20 Franken pro Fahrt kostet.
Sind die Schweizerinnen und Schweizer süchtig nach neuen Strassen? In Baselland wollte die rein bürgerlicher Regierung für 1,8 Milliarden eine Umfahrungstangente für die Ortschaften Leimental, Birseck und Allschwil bauen. Weil durch diese Ortschaften viel mehr Verkehr rollt als durch den Gotthard. Trotzdem sagten vor zehn Tagen 61 Prozent der Stimmenden Nein zu noch mehr Strassen.
Bevor ein neuer Tunnel gebaut ist, werden selbstfahrende Roboter-Autos die Kapazität des bestehenden Tunnels mindestens verdoppeln. Und ihn zehn Mal sicherer machen. Die Romandie muss Leuthard stoppen.

Reportage

## Frauenbewegung in Argentinien:

# #NiUnaMenos

**Argentinien |** Während einer Reise durch Südamerika lernte Sarah Heinzmann, dass sich argentinische FeministInnen um viel fundamentalere Themen kümmern müssen als um Quotendiskussionen und Lohngleichheit. Ihre Reportage zeigt, dass der Feminismus in Argentinien eine Frage von Leben und Tod ist.

**Sarah Heinzmann**

«Gerechtigkeit für Melisa Tuffner», war die Parole, die ich diesen Sommer an die Wände der südlichen Vorstädte von Buenos Aires gesprayt sah. Die zweiundzwanzigjährige Frau wurde eines Abends auf offener Strasse von einem Unbekannten verprügelt, vergewaltigt und erschossen. Es scheint, als sei Melisa auf die härteste Ausgeburt des südamerikanischen Patriarchats gestossen: die machistische Gewalt in Südamerika, «violencia machista» genannt. Dass diese Frauenmorde in Südamerika häufiger vorkommen als in anderen Teilen der Welt, ist laut der Feministin Silvia Noguera Ausdruck der patriarchalischen Gesellschaft: Die Männer wachsen mit dem Bild auf, dass sie Frauen untergeordnet sind. Beginnen diese dann sich zu emanzipieren, ist rohe Gewalt für viele Männer der einzige Weg, ihre Macht durchzusetzen. Alle 30 Stunden wird in Argentinien eine Frau Opfer eines sogenannten Femicidios, also eines geschlechtsgerichteten Mordes. Der Täter ist häufig der eigene Mann, Freund oder Ex-Freund. Diese Femicidios zu bekämpfen ist deshalb ein zentrales Anliegen feministischer Organisationen, da ihrer Meinung nach die Regierung nicht genug unternimmt, um Frauen ein sicheres Leben zu ermöglichen. Laut Statistik haben nämlich 19 Prozent der Todesopfer ihren Mörder schon vor dem Mord angezeigt, häufig ohne Wirkung. Im Jahr 2009 hat die argentinische Regierung ein Gesetz beschlossen, das Frauen vor Femicidios schützen soll. Geplant waren beispielsweise die Errichtung von mehr Notanlaufstellen und Frauenhäusern oder eine zentralisiert geführte Datensammlung, die alle Gewalttaten gegen Frauen dokumentiert. Von den neuen 45 Gesetzesparagraphen wurden aber erst acht sprachlich ausformuliert, umgesetzt noch kein einziger.

Argentinierinnen sind jedoch nicht nur durch die Femicidios gefährdet, sondern auch dadurch, dass Abtreibungen tabuisiert und sichere Verhütung schwer zugänglich sind. Zwar gibt es seit acht Jahren ein Gesetz, das es Frauen, die vergewaltigt wurden oder in einer Krisensituation stecken, erlaubt, abzutreiben. Sexuelle Aufklärung ist per Gesetz in allen Schulen Pflicht und Verhütungsmittel müssten gratis abgegeben werden. Die Realität ist jedoch eine andere. Öffentliche Spitäler weigern sich, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen oder Verhütungsmittel kostenlos weiterzureichen und Sexualkundeunterricht ist in den öffentlichen Schulen weiterhin ein Fremdwort. Silvia Noguera engagiert sich seit zehn Jahren bei der nationalen Kampagne für das Recht auf sichere und kostenfreie Abtreibung. Der Slogan der Kampagne ist einfach: «Sexuelle Aufklärung, kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln um nicht abtreiben zu müssen, das Recht auf Abtreibung um nicht zu sterben.» Im Dialog mit Silvia verspürt man viel Wut auf die argentinische Politik. «Seit zehn Jahren kämpfen wir für das Recht auf Abtreibung. Zweimal hätten wir die Chance gehabt, vor dem Kongress zu sprechen. Beide Male wurden wir aber von der Administration ausgetrickst und uns wurde das Rederecht genommen.»

«Wir haben ein Recht auf Abtreibung und sexuelle Aufklärung – man kann doch niemanden seine Rechte verweigern.»

«Es ist immer dasselbe Dilemma in Argentinien. Ein Gesetz wird ausdiskutiert, aber schlussendlich hält sich niemand daran. Die Konsequenz: Die Reichen lassen sich in Privatkliniken eine Abtreibung machen, die Armen erliegen den Folgen eines illegalen und nicht richtig ausgeführten Schwangerschaftsabbruches. Wir haben ein Recht auf Abtreibung und sexuelle Aufklärung – man kann doch niemandem seine Rechte verweigern», empört sich eine junge Aktivistin.

«Ein Gesetz wird ausdiskutiert, aber schlussendlich hält sich niemand daran.»

Doch die argentinischen FrauenrechtlerInnen zeigen sich kreativ. Unter der Hand verteilen sie Anleitungen für eine sicherere Hausabtreibung und machen Druck auf Schulen und öffentliche Krankenhäuser. Jährlich organisieren sie den «Encuentro de las mujeres», eine feministische Bildungstagung, an der dieses Jahr 50 000 Frauen aus ganz Lateinamerika mitmachten. Am 3. Juni fand in Buenos Aires die grösste Demonstration seit Jahren statt. Unter dem Slogan #NiUnaMenos (deutsch: Nicht eine weniger) versammelten sich 300 000 Menschen vor dem Kongress, um gegen die Tatenlosigkeit der Regierung zu demonstrieren. Sie protestierten für einen besseren Schutz vor Femicidios und gegen das Abtreibungsverbot. In welche Richtung sich die Situation der Frauen in den kommenden Jahren verändert, hängt jedoch davon ab, wer am 22.11. als neuer Präsident gewählt wird.* Der peronistische Spitzenkandidat Daniel Scioli gibt sich feministisch, verkündet aber öffentlich, dass seiner Meinung nach häusliche Gewalt an Frauen ein Familienproblem sei, in das sich der Staat nicht einzumischen hätte. Als Gouverneur der Provinz Buenos Aires entzog er vielen Frauenanlaufstellen die Existenzberechtigung, indem er ihnen keine Gelder mehr zukommen liess. Ob die Veränderung, die dieses Land braucht, in den nächsten Jahren gefördert wird, bleibt also fragwürdig. Jedoch werden sich die argentinischen Feministinnen sicherlich weiterhin wehren gegen die unterdrückenden Umstände. ■

** Gewählt wurde am 22. November nicht Daniel Scioli, sondern sein rechtsbürgerlicher Gegner Mauricio Marci.*

La Victoria: Über 300 000 Menschen versammelten sich am 3. Juni 2015 zu einer Demonstration.

## Interview mit Frauenrechtlerin Nina Brudo

Nina Brudo gilt als eine der ersten und bekanntesten argentinischen Frauenrechtlerinnen. Sie weigert sich, in Pension zu gehen und kämpft als Rechtsanwältin noch mit 72 Jahren gegen die geltende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Glücklicherweise fand sie kurz Zeit, mir in ihrem Büro in Buenos Aires ein paar feministische Anekdoten zu erzählen.

**Seit wann gibt es überhaupt feministische Bewegungen in Argentinien?**

**Nina:** Vor 1976 gab es einige vereinzelte Frauenrechtlerinnen, aber von einer wirklichen Feminismusbewegung kann man nicht reden. Nach dem Militärputsch durfte man sich nicht mehr feministisch äussern. Es war verboten, Soziologie oder Psychologie zu studieren und Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst. Die Gesamtgesellschaft durchlebte einen wahrhaftigen Entwicklungsrückschritt. Am 30. April 1977 jedoch begannen einige Frauen still und leise Widerstand zu leisten: Die «Madres de Plaza de Mayo». Sie liefen Runden um den Platz vor dem Regierungshauptgebäude, der Casa Rosada. Sie trugen ein weisses Kopftuch und trauerten um ihre verschleppten, verschollenen oder ermordeten Kinder und kritisierten somit den Staatsterrorismus. Erst nach 1983, also nach dem Wiedergewinn der Demokratie, kann man von organisierten feministischen Gruppierungen reden.

**Wie sind die feministischen Gruppen in Argentinien organisiert?**

Grundsätzlich ist die Bandbreite der Frauenbewegungen sehr gross. Deshalb kann man nicht von einem, sondern von vielen Feminismen reden. Es gibt gemässigte und christliche Gruppierungen, aber auch sehr radikale. Heute können wir sagen, dass es keine Region in Argentinien ohne irgendeine Form feministischer Mobilisierung gibt. Wir sind froh darum, denn wir hätten sehr viele Todesopfer vermeiden können, wenn es schon früher mehr aktive Frauengruppen gegeben hätte. Leider ist es nun so, dass ausgerechnet der momentan international wohl einflussreichste Argentinier, Papst Francisco, nicht unbedingt auf unserer Seite steht.

**Kann es ihrer Meinung nach eine egalitäre Gesellschaft innerhalb des kapitalistischen Systems geben?**

Der Kapitalismus generiert per se Ungleichheit. Natürlich gibt es feministische Bewegungen innerhalb des Systems und die Frauenbewegungen des 20. Und 21. Jahrhunderts haben viele Errungenschaften gebracht. Wenn man aber die komplette soziale Gleichberechtigung anstrebt, müssen meiner Meinung nach viel tiefer gehende Veränderungen erfolgen. Solange es Diskriminierung gegen irgendwelche Gruppierungen gibt, haben wir unser Ziel noch nicht erreicht. ■

Nina Brudo: Die 72-jährige Frauenrechtlerin kämpft als Rechtsanwältin gegen die geltende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Jean Baudrillard: Französischer Soziologe, Philosoph und Medientheoretiker, Professor Université de Paris-IX Dauphine.

Jean Baudrillard:

# Der symbolische Tausch und der Tod

**Paris |** Jean Baudrillard war ein französischer Soziologe, Philosoph und Medientheoretiker, der als Professor an der Université de Paris-IX Dauphine lehrte. Er wurde am 27. Juli 1929 in Reims in Nordfrankreich geboren. Begriffe wie Simulation oder Hyperrealität sind mit seinem Namen untrennbar verbunden. Sein Werk umfasst aber auch Themen wie die Ökonomie der Zeichen, die Kritik der Konsumgesellschaft, die Verdrängung des Todes oder die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. Gestorben ist Baudrillard am 6. März 2007 in Paris.

**Hilar Eggel**

## Zeichenwelten: Codes und Modelle

Kern der Baudrillardschen Theorie ist die Diagnose vom Verschwinden des Realen in der Simulation und der Hyperrealität. An die Stelle konkreter Realität treten Zeichenwelten, die über keinen Referenten mehr verfügen, sondern sich nur noch auf andere Zeichen beziehen. Dabei geht er von einer historischen Entwicklung dieser Zeichenwelten aus.

Die heute wirkende Zeichenwelt besteht aus Codes und Modellen, die jede Form der Repräsentation zum Verschwinden bringen. Das Ergebnis ist ein sich selbst produzierendes und selbstreflexives, wucherndes System von Zeichen. Auch die politische Ökonomie wird Baudrillard zufolge durch eine Zeichenökonomie abgelöst, in der das Kapital zum frei flottierenden Zeichen wird. Das Geld wird von der gesellschaftlichen Produktion abgekoppelt und zur grenzenlosen Spekulation. Jeder Bezug auf einen Referenzwert wird aufgegeben; übrig bleibt die «allgemeine Austauschbarkeit, Kombinatorik und Simulation». Die Arbeit wird ebenfalls zum reinen Zeichen. Nach

> «Die Gesamtheit der Gesellschaft nimmt das Aussehen einer Fabrik an.»

Baudrillard breitet sich ein gigantisches Ritual von Zeichen der Arbeit über die ganze Gesellschaft aus. Wenn aber der Kapitalprozess aufhört Produktionsprozess zu sein, verschwindet die Fabrik, und «die Gesamtheit der Gesellschaft nimmt das Aussehen einer Fabrik an».

## Die integrale Wirklichkeit

Nach Baudrillard wird die Welt als Scheinwelt entlarvt. Man gaukelt den Menschen eine virtuelle Realität vor, in der sie leben, während sie doch in Wirklichkeit von maschinenartigen Wesen beherrscht und ausgenutzt werden. Im Horrorszenario der Moderne werden die Menschen eben nicht befreit, sondern die Freiheit wird nur simuliert. Jean Baudrillard spricht in diesem Zusammenhang von der «Integralen Wirklichkeit». «Darunter verstehe ich eine Wirklichkeit, die sich von der traditionellen Wirklichkeit stark unterscheidet. Die alte Wirklichkeit besass einen Bezug zur äusseren Welt, zum rationalen Denken und das ermöglichte die Entwicklung einer Geschichte, es ermöglichte Widersprüche und Einwände etc. Die integrale Wirklichkeit entsteht dadurch, dass Realität und Technik aufeinanderprallen und daraus entsteht eine Welt der Formeln, der Netzwerke, die irgendwann einmal alles beherrschen.»



## Kritik an der Mediengesellschaft

Wenn die Ökonomie selbst als Zeichenprozess begriffen wird, dann liegt es nahe, dass ihr zentraler Ort nicht mehr die Fabrik ist, sondern die Zeichenindustrie der Massenmedien. Die Medien sind die zentrale technische Institution des Codes und damit der Herrschaftsapparat der Gegenwart. In einem unaufhörlichen «Bombardement mit Zeichen» geben sie den Konsumenten Wahrnehmungsmuster und Denkschablonen vor. Baudrillard prägt für das Zeitalter der Massenmedien den Begriff der «Zeichen-Herrschaft».

Eine Herrschaft sind die Medien auch deshalb, weil sie auf einer fundamentalen «Einseitigkeit der Kommunikation» beruhen. Denn «die Medien sind dasjenige, welche die Antwort für immer untersagt, das, was jeden Tauschprozess verunmöglicht». Einseitigkeit im Prozess von Geben und Nehmen, Sprechen und Antworten aber, das ist in Baudrillards Weltbild gleichbedeutend mit der Macht.

> «In der Moderne hören die Toten auf zu existieren.»

Denn «die Macht gehört demjenigen, der zu geben vermag und dem nicht zurückgegeben werden kann». Die «Gabe der Medien» sind hier die Informationen und die Botschaften; unaufhörlich werden sie gesendet, ohne dass man sie auch erwidern könnte: «Der Unterschied zwischen Sendern und Empfängern, zwischen Produzenten und Konsumenten von Zeichen muss total bleiben, denn in ihm liegt heute die wirkliche Form der gesellschaftlichen Herrschaft.»

## Verständnis vom Tod

Die heutige Gesellschaft kann über die virtuellen Welten alles simultativ integrieren. Eine einzige Ausnahme besteht: nämlich der Tod. Das einzige gegnerische Prinzip der modernen Simulationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts ist der Tod. Er allein gibt dem Menschen unwiderruflich die Realität zurück. Denn dem Sterben kann niemand entfliehen, im Tod kann sich niemand mehr in Scheinwelten flüchten. Den Tod kann man nicht simulieren. Der Tod ist die absolute, letzte und totale Realität, der kein Mensch entrinnen kann.

Für Baudrillard ist der Tod ein zentrales Thema. Dabei stellt er fest, dass wir in einem Zeitalter der Verdrängung des Todes leben. Der Tod ist «desozialisiert», an den Rand der Gesellschaft gedrängt, in die Krankenhäuser und auf die Friedhöfe verbannt; aus dem öffentlichen Leben ist er weitgehend verschwunden. In der Moderne «hören die Toten auf zu existieren. Sie sind aus der symbolischen Zirkulation in der Gruppe ausgeschlossen.» Der Tod wird zum Gegenpol des gesellschaftlichen Lebens: «Denn es ist heute nicht normal, tot zu sein, und das ist neu.» An die Stelle des öffentlichen Ritus tritt das sozial geregelte Ableben in der Obhut der Ärzte und Pfleger. Der hinter geschlossenen Türen vollzogene Tod wird als «ideale und genormte Form des Todes» gesehen. Baudrillard spricht in diesem Zusammenhang von einer regelrechten «Ausweisung der Toten» ins «Ghetto» und konstatiert eine gesellschaftliche «Diskriminierung der Toten». ■

## Der Geist des Terrorismus

Jean Baudrillard hat nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center vom 11. September ein provokatives Buch «Der Geist des Terrorismus» geschrieben.

Baudrillard geht von der Frage aus, warum es uns so schwer fällt, die abscheulichen Ereignisse zu verstehen. Andere gewaltsame Ereignisse von Kriegen bis hin zu Völkermorden hatten nicht die gleiche globale Bedeutung. Nach Baudrillard liegt das daran, dass sie keine symbolischen Ereignisse waren. Für die Anschläge auf das World Trade Center gilt dagegen, dass es sich um ein «symbolisches Ereignis von globaler Bedeutung» handelt. Er konstatiert eine «gigantische Abreaktion auf das Ereignis», die in den weltweiten Reaktionen zum Ausdruck kam. Daraus folgert er, dass der Terrorismus unseren Albtraum in die Tat umgesetzt hat. Er sieht hierin das Unbewusste der westlichen Zivilisation.

Der Terrorismus ist nach Baudrillard in gewisser Weise überall. Er verbreitet sich wie Viren. Das Böse ist viral geworden. Es verbreitet sich unbemerkt weltweit, ohne dass es eine klare Abtrennung geben kann, die es erlauben würde, es zu identifizieren. Es befindet sich ebenso im Herzen der Macht, die es bekämpft und macht sich die Widersprüche und Brüche des herrschenden Systems zunutze.

Die einstige Weltordnung befindet sich daher im Konflikt mit antagonistischen Kräften, die jederzeit das Herz des Globalen treffen können. Die Globalisierung ist virtuell an ihre Grenzen gestossen und bekämpft jetzt reflexartig jeden sichtbaren Antagonismus. In einem Interview mit dem Spiegel erklärte Baudrillard: «Der immanente Irrsinn der Globalisierung bringt Wahnsinnige hervor, so wie eine unausgeglichene Gesellschaft Delinquenten und Psychopathen erzeugt. In Wahrheit sind diese aber nur die Symptome des Übels. Der Terrorismus ist überall, wie ein Virus.» Da das Gegenüber viraler Natur ist, kann das System des Globalen nichts Nennenswertes gegen diesen Angriff ausrichten. In einer Art Automatismus greift es zur Verteidigung in Form von Kriegen. Diese Kriege aber reproduzieren die Arroganz des Mächtigen und zeigen nur, wie wenig man vom Anderen und der Welt insgesamt verstanden hat.

Die Terroristen haben sich ja die Waffen der dominierenden Macht angeeignet. Vom Geld und der Börsenspekulation, über die Informationstechnologien bis hin zu den medialen Netzen. Genauer gesagt: «Sie haben sich alle Errungenschaften der Moderne und der globalen Zivilisation zu eigen gemacht, ohne ihr Ziel aus den Augen zu verlieren, das darin besteht, eben diese zu zerstören».

Die Asymmetrie der Gewalt ist nach Baudrillard daher der eigentliche Geist des Terrorismus. Er attackiert das System nicht in Form von klassischen Kräftebeziehungen, da dies ohnehin aussichtslos wäre. Das System wird im Symbolischen angegriffen, obwohl es nur überleben kann, wenn es sich mit dem Angreifer schlagen kann. Die Verlegung des Kampfes in die symbolische Sphäre bedeutet nichts anderes, als das System auf einem Feld herauszufordern, auf dem es nicht antworten kann, ausser unter Hinnahme des eigenen Todes, der eigenen Zerstörung. Und darauf zielen die Terroristen: Das System soll «in Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen durch Tod und Selbstmord seinerseits Selbstmord begehen». Die Sogwirkung der provozierten Gewalt soll zu einem «Wundstarrkrampf» des Systems führen, der das System des Realen und der Macht verdichten und an seiner eigenen Hypereffizienz zugrunde gehen soll. Dessen Repression soll eine unvorhersehbare Spirale auslösen, wobei niemand wissen soll, welche Konsequenzen sie zeitigt bzw. wo sie halt macht. Diese «unkontrollierbare Entfesselung» ist nach Baudrillard der eigentliche Erfolg des Terrorismus. **(he)** ■

Ein anderer Blickwinkel:

# Willkommen im Zeitalter der Robotik

Manuel Jossen: studiert an der Uni Bern Philosophie und Germanistik.

*Zahlreiche elektronische Geräte erleichtern den Alltag des modernen Menschen. Beinahe jeder von uns trägt nahezu rund um die Uhr einen kleinen Computer, das Smartphone, bei sich in der Hosentasche. Innert Sekunden werden Nachrichten um den ganzen Globus verteilt, Zahlungen via E-Banking getätigt oder Zeitungsartikel in Newsapps heruntergeladen. Im Haushalt bereitet der Induktionsherd unsere Speisen zu, das dreckige Besteck wäscht die Waschmaschine und die Wäsche trocknet im Wäschetrockner. Alle diese Maschinen sind gewiss nur ein Teil der unzähligen Geräte, die unser Leben veränderten. Sie sind nur ein Vorgeschmack auf das, was uns in der Zukunft noch erwartet.*

*Die zunehmende Technisierung nimmt auch in der Wirtschaft ihren Lauf. Die menschliche Arbeitskraft musste in vielen Branchen zunehmend der automatisierten Produktion weichen. Beispielsweise in der Autoindustrie sind schon heutzutage Roboter massgeblich an der Herstellung der Autos beteiligt. Eine Studie im Auftrag des Wirtschaftsmagazins ECO kam zum Schluss, dass bereits in 20 Jahren jeder zweite Job von einer Maschine ausgeführt werde. Gehen wir noch weiter in die Zukunft, sozusagen in eine Industrielle Revolution 4.0, wie man sie nennt: Die Technologie wäre soweit fortgeschritten, dass beinahe alle Güter ausschliesslich von Robotern produziert werden. In den Produktionsstätten fände man fast keine Menschen mehr, nur unerschöpflich arbeitende Droiden. Wo blieben all die Arbeiter und Arbeiterinnen?*

*Der weltberühmte Physiker Professor Stephen Hawking, der übrigens bei den letzten Wahlen die Labour Party unterstützte, beantwortete kürzlich auf reddit.com Fragen von Usern bezüglich künstlicher Intelligenz. Auf eine Frage über die Verdrängung der Arbeiter durch Maschinen antwortetet Hawking mit Besorgnis: Wenn Maschinen alles produzieren, was wir benötigen, werde es noch bedeutsamer sein, wie die Güter in der Gesellschaft verteilt werden. Eine gerechte Verteilung ermögliche jedem ein angenehmes Leben. Lobbyieren aber die Maschinenbesitzer gegen eine Güterverteilung enden die meisten Leute in miserabler Armut. Hawking sieht die Entwicklung der Gesellschaft in Richtung der zweiten Option. Er skizziert quasi eine Soziale Frage 2.0, die kausal auf die industrielle Revolution 4.0 zurückzuführen ist. Aufgrund der revolutionären Erneuerungen in der Produktion haben Millionen von Arbeiterinnen und Arbeiter keine Beschäftigung mehr und fallen in Armut. Denn die Roboter und die erzeugten Güter gehören den Grossindustriellen. Die Verteilungsfrage wird somit auch in der Zukunft ein enorm wichtiger Punkt für die linke Politik sein. Besonders die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen scheint in diesem Kontext interessant zu sein.*

*Die neuen Techniken können auch als Chance aufgefasst werden, um die Menschheit vom kapitalistischen Zwangssystem zu erlösen, wie es bereits der verstorbene französische Philosoph André Gorz in seinen Schriften darlegte. Dank modernen 3D-Drucker wäre man fähig in kleinen Produktionsstätten beinahe alle Gebrauchsgegenstände herstellen. In einer solchen Welt wäre der Mensch von der entfremdeten Lohnarbeit befreit und könne sich nach dem marxistischen Ideal frei entwickeln. Die Softwareprogramme für den Drucker liessen sich einfach frei aus dem Internet beziehen. Die Möglichkeiten scheinen endlos zu sein, wie abschliessend folgendes Beispiel aus Amerika zeigt: Die Eltern eines elfjährigen Kindes mit einer missgebildeten Hand druckten in der örtlichen Stadtbibliothek eine Roboterprothese für die Hand ihres Kindes. Den Entwurf fanden sie auf der Website einer Stiftung. Die Roboterhand hilft nun dem Jungen sein alltägliches Leben besser meistern zu können.*

*Das Zeitalter der Robotik birgt grosse Gefahren aber auch Chancen. Die Aufgabe der Linken wird es sein, einerseits sich für eine gerechte Verteilung der produzierten Güter einzusetzen, um die Zahl der Verlierer und Verliererinnen dieses Zeitalters möglichst klein zu halten, anderseits die Befreiung von der entfremdeten Lohnarbeit durch die neuen Technologien voranzutreiben.* ■

Buchtipp:

## «Marco Camenisch. Lebenslänglich im Widerstand»

**Autor:** Kurt Brandenberger
**Titel:** «Marco Camenisch. Lebenslänglich im Widerstand»
**Verlag:** Echtzeit
**ISBN:** 978-3-905800-92-0
**Preis:** 29.00 Franken

*Der kürzlich verstorbene Autor Kurt Brandenberger hat eine bewegende Biographie über den Öko-Anarchisten Marco Camenisch verfasst. Die Biographie beginnt in den jungen Jahren Camenisch, wo die Proteste gegen die Atomkraft in der Schweiz zu einer Massenbewegung werden. Camenisch, ausgestattet mit besten Schulnoten aus dem Gymnasium, entschliesst sich mit 20 Jahren bewusst Arbeiter zu werden. Seine Politisierung findet früh statt und zieht sich durch sein Leben. Um eine umfassende Recherche zu betreiben, hat Brandeberger den Inhaftierten Camenisch über mehrere Jahre im Gefängnis besucht. Zudem hat er Gespräche mit dem Umfeld von Camenisch geführt. Marco Camenisch dürfte eigentlich schweizweit bekannt sein. Abgestempelt als Ökoterrorist und als Mörder sitzt er seit 25 Jahren hinter Gittern. Mehrere Versuche, eine vorzeitige Haftentlassung zu erwirken, sind gescheitert. Marco Camenisch steht zu seinen Überzeugungen und hat seinen Idealen nicht abgeschworen. Dies wird natürlich auch im Buch deutlich. Die Biographie zeigt auf, dass es sich bei Camenisch nicht um einen kaltblütigen Mörder und Terroristen handelt, wie es die Medien gerne aufzeigen, sondern um einen intelligenten und überzeugten Umweltaktivisten, welcher sich der anarchistischen Bewegung zugehörig fühlt. Da er mit zahlreichen AktivistInnen dieser Bewegung mittels Brief in Kontakt steht, regelmässig politische Hungerstreiks durchführt und Communiqués militanter Sachschadensaktionen übersetzt, sehen die Behörden in Camenisch nach wie vor eine Gefahr. Camenisch selber gibt im Buch klar zu verstehen, dass er in seinem Alter sicherlich keine militanten Aktionen mehr durchführen kann und wird. Camenisch verfügt über ein grosses Umfeld an UnterstützerInnen und diese haben ihm bereits einen Job und mögliche Wohnräume bei einer Entlassung versprochen. Vor kurzem wurde er in den offenen Vollzug nach Saxenried verlegt. Nichts destotrotz wird Camenisch bis im Mai 2018 hinter Gittern sitzen. Für einen freiheitsliebenden und naturverbundenen Menschen wie Camenisch sicherlich die Höchststrafe. Marco Libero!*

Michael Näpfli



Interview mit JUSOO-Mann Sebastian Werlen:

# Die Spekulationsstopp-Initiative hilft im Kampf gegen den Hunger

**Oberwallis |** Neben der Abstimmung über die zweite Gotthardröhre kann das Schweizer Stimmvolk am 28. Februar auch über die von den Jungsozialisten lancierte Spekulationsstopp-Initiative befinden. Die Rote Anneliese hat SPO-Sekretär und Juso Oberwallis Mitglied Sebastian Werlen dazu einige Fragen gestellt.

Martin Germann

Bildquelle: www.juso.ch

***Kannst du uns kurz erklären, um was es bei der Spekulationsstopp-Initiative konkret geht?***
Die Initiative will die Spekulation mit Nahrungsmittel an den Warenterminmärkten verbieten. Unterbunden werden sollen jene Absicherungsgeschäfte, die einzig und alleine der Gewinnerzielung mittels Wetten auf steigende oder sinkende Marktpreise dienen.

***Wie soll die Initiative konkret umgesetzt werden?***
Eine Möglichkeit wäre, dass man für den Handel mit Nahrungsmitteln eine Art Bewilligung braucht. So kann man die Spekulation verhindern, das sogenannte Hedging bleibt aber weiter möglich. Auf der Internetseite der JUSO Schweiz findet man ein ausführlicheres Umsetzungskonzept.

***Beim Handel mit Nahrungsmittel und Agrarstoffen wird zwischen Spekulation und Hedging unterschieden. Wo liegen dabei die wichtigen Unterschiede?***
Mit Hedging werden die Produzenten abgesichert, indem man Ihnen die Produkte vor der Ernte abkauft. Bei der Spekulation wird versucht die Preise hochzutreiben.

***Gegner bemängeln an der Initiative, dass diese gar keine mildernde Wirkung auf den Hunger haben werde. Was sagst du dazu?***
Das ist Quatsch. Es gibt Beweise dafür, dass die Spekulation die Grundnahrungsmittel unnötig verteuert. Eine Studie der UNCTAD aus dem Jahre 2011 beweist das. Die Gleichgültigkeit der Gegner ist fast schon pervers. Es geht um Menschenleben und die Gegner argumentieren mit ein paar gekauften Studien. Es ist doch ganz einfach: Man spekuliert nicht mit dem Essen anderer Leute!

***Linke Initiativen haben beim Schweizer Stimmvolk generell einen schweren Stand. Wie schätzt du die Chance eurer Initiative ein?***
Sehr gut, diese Initiative ist keine typisch linke Vorlage. Es geht hier um eine Frage des Anstands und des gesunden Menschenverstandes und nicht um Ideologie. Sogar Staatsrat Freysinger hat die Initiative unterstützt und der ist wahrlich kein Linker. Zudem ist dieses Anliegen auch sehr christlich. Der Papst bezeichnet die Spekulation mit Nahrungsmitteln als Skandal mit ernsten Folgen für die Ernährung der Ärmsten. Wenn der Papst, Freysinger und die JUSO einer Meinung sind, dann kann die Initiative gar nicht so schlecht sein. ■
http://bit.ly/1GemzTI

**AUFRUF: WER WEISS ETWAS ÜBER DIE ROTE ANNELIESE?**

«An alle ehemaligen KO-Mitglieder und/oder SympathisantInnen, an alle ehemaligen RA-MitarbeiterInnen und RA-SympathisantInnen jeder Zeit. Ich bin Student an der Universität Freiburg und suche für meine Masterarbeit im Fach Geschichte über die Rote Anneliese nach jeder Art von Unterlagen/Dokumentation, die das KO oder die RA zwischen 1971 und 2000 betreffen (INFO-Intern, INFO-Extern, Protokolle der Generalversammlungen). Jede Hilfe ist herzlich willkommen.
Kontakt: Pierre Evéquoz, Riondaz 23, 3960 Muraz/Sierre, pierre.evequoz@unifr.ch, 076 575 24 31.»

ROTE ANNELIESE ROTE ANNELIESE ROTE ANNELIESE

# Dicke Eier:

## Kampf auf dem Bau (1)

Die SVP ist die Partei der Bauern. Der Mindestlohn in der Landwirtschaft beträgt knapp 13 Franken. Bei 55 Stunden Arbeitszeit pro Woche. Die Unia ist die Gewerkschaft der Bauarbeiter. Der Mindestlohn auf dem Bau beträgt knapp 26 Franken. Bei 41.5 Stunden pro Woche. Ein paar SVP-Bauunternehmer aus der Ostschweiz geben im Schweizerischen Baumeisterverband den Ton an. Sie speien Gift und Galle gegen die Unia. Und wollen diese vom Verhandlungstisch weg haben. Die Bauarbeiter lassen sich nicht beeindrucken. Sie wehren sich zurecht für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für den Bau. Weil sie auf dem Bau keine Zustände wollen wie auf den SVP-Bauernhöfen. ■

## Kampf auf dem Bau (2)

Vor den Abstimmungen über die Initiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn der Gewerkschaften sangen die Patrons das Hohelied der Sozialpartnerschaft. Das Aushandeln von Mindestlöhnen und Gesamtarbeitsverträgen sei Aufgabe der Sozialpartner, der Staat hätte sich dort nicht einzumischen. Allen voran die Patrons aus der Romandie stimmten mit im Chor. Im Frühjahr beschlossen die Delegierten des Baumeisterverbandes, keine Vertragsverhandlungen mit der Gewerkschaft Unia zu führen. Einstimmig. Also auch die Delegierten aus dem Welschen. In der Zwischenzeit haben sich die Delegierten aus der Romandie wieder etwas auf die Sozialpartnerschaft besonnen. Gegen den Entscheid des Vorstandes entschieden die Delegierten, Lohnverhandlungen mit der Unia aufzunehmen. Die Romands konnten die Hardliner aus der Ostschweiz etwas weich klopfen. Ob das auch für Verhandlungen für eine neuen Gesamtarbeitsvertrag reicht, wird die nahe Zukunft zeigen. ■

## Kampf auf dem Bau (3)

Wegen der Verweigerung der Baumeister, mit den Gewerkschaften keine Vertragsverhandlungen zu führen, organisierte die Unia verschiedene Aktionen auf den Oberwalliser Baustellen. Nicht wenige Unternehmer setzten die Poliere unter Druck, auf den Baustellen für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Eine Ausnahme bildete ein Unternehmer im Raum Brig-Glis. Er forderte seine Bauarbeiter explizit auf, den Ausführungen der Gewerkschafter gut zuzuhören. Chapeau. Leider war der Unternehmer für ein Fotoshooting mit den Gewerkschaften nicht bereit. ■

## Bregys Ausverkauf

CVP-Grossrat Bregy und Konsorten konnten durchsetzen, dass künftig im Wallis während vier Sonntagen die Geschäfte offen bleiben. Die Leidtragenden sind die Verkäuferinnen und Verkäufer, die ohnehin schon unter prekären Arbeitsbedingungen leiden. Die Begründung der Liberalisierer: Wenn die Geschäfte in der Talebene an Sonntagen offen sind, bestehe für die vielen Tagesausflügler aus der Deutschschweiz die Möglichkeit, bei uns ihre Einkäufe tätigen zu können. Das kurble den Umsatz an. Mal sehen, ob der Verkaufsumsatz von Kaffeemaschinen und Waschmaschinen merklich ansteigt. Wohl kaum. Stattdessen droht gähnende Leere in den Verkaufszentren. ■

## Rieders Kehre

Zu Beginn der Wahlkampagne für den Ständerat weigerte sich Kandidat Beat Rieder, sein Wahlbudget offenzulegen. Er kanzelte diese Forderung als lächerlich ab. In der Zwischenzeit hat der gewählte Ständerat Rieder seine Meinung gehörig geändert. Er schliesst sich vollumfänglich der linken Forderung an, alle Wahlkampfbudgets und Spenden offen und transparent zu legen. Rieder geht noch einen Schritt weiter: er will eine plafonierte Obergrenze für sämtliche Wahlkampfbudgets. Der Grund für Rieders Kehrtwende: die Klotzerei seines blauen Mitkonkurrenten Pierre-Alain Grichting im ersten und vorab im zweiten Wahlgang. ■

## Schlaue Volpi flippert

Marylène Volpi, die Spitzenfrau der Walliser Grünen, ist politisch eine Flipperkugel. Bei ihr weiss man nie genau, in welche Ecke es sie verschlägt. Jüngstes Beispiel: Im Abstimmungskampf um die Volksinitiative «Jede Stimme zählt» trat sie kurz vor Schluss zusammen mit der CVP und der FDP in den Medien gegen das demokratische Grosswahl-System auf (Bild). Und half so prominent mit, die Initiative zu bodigen. Der Clou dabei: Die Grünen waren mit ihrem damaligen Präsidenten Grégoire Raboud offiziell im Initiativkomitee vertreten und Volpi selber war sogar die Kassierin des Komitees. Offenbar war ihr dieses Amt zu wenig lukrativ. Als sie das Lager wechselte, waren gerade mal 300 Franken in der Schatulle. Da sucht die schlaue Volpi halt doch lieber wärmere Höhlen auf. ■

## Wein-Rassismus in Visp

Der freitägliche «Pürumärt» in Visp ist ein beliebter Treffpunkt für Jung und Alt. Neben den Produkten aus der Landwirtschaft zieht jeweils und vorab der Wein-Stand die Leute an. Abwechslungsweise verkaufen Kellereien aus Visp und Umgebung ihre Produkte. Darunter bis vor kurzem auch Daniela Kramberger. Die gebürtige Slowenin macht sehr gute Weine. So verwundert es nicht, dass Kramberger-Weine auch auf Weinkarten renommierter Häuser zu finden sind. Aber seit längerer Zeit gab es in Visp ein aktives Mobbing gegen Kramberger. Es gipfelte schliesslich darin, dass CVP-Mann Marc Wyssen als verantwortlicher Gemeinderat die Weinproduzentin in der Regionalzeitung öffentlich abschoss und kaputt machte. Anstatt die Weinverkäuferin anzuhalten, ihre in die Jahre gekommenen Weine aus dem Pürumärt-Sortiment zu nehmen, wurde sie kurzerhand abserviert. Das ist weder christlich noch demokratisch, aber eben christlichdemokratisch. ■

## Pinot für alle?

Bei den Lonza-Managern gilt die ungeschriebene Regel: an einer Tafelrunde richtet sich der Preis des Flaschenweines am Wert der Lonza-Aktie. Bei einem Aktienkurs in der Nähe von 50 Franken pro Aktie liegt ein guter Pinot drin. Beim aktuellen Aktienkurs von über 160 Franken reicht es für einen ganz edlen Tropfen. Da kann man nur hoffen, dass die Lonza-Bosse in den bevorstehenden Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften bereit sind, dafür zu sorgen, dass sich die Lonza Arbeiter zumindest ab und zu wenigstens einen guten Pinot leisten können. ■



# Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen nun wieder regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen. Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

### 11. Dezember 2015, 20.30 Uhr

**Uta Köbernick (Kellertheater Brig)**

Mit bezaubernder Leichtigkeit, hinreissender Komik, virtuosem Gesang und einer herrlichen Tiefe geht Uta Köbernick bis an den Rand des Erkennbaren und manchmal Erträglichen. Politisch hellwach, bringt sie Standpunkte ins Stolpern, hilft ihnen schmunzelnd wieder auf und wenn die glauben, wieder festen Boden gefunden zu haben, ist die Erde plötzlich eine Scheibe. Grenzen verschwimmen zu einem Ozean im Wasserkocher und nach einem zauberhaften Abend versteht man die Welt zwar besser, aber sich selbst ein wenig mehr.

### 21. Januar 2016, 19.30 Uhr

**Andorra (Theater La Poste, Visp)**

Zu einer Zeit, als Solidarität in Andorra noch etwas galt, gab der Lehrer seinen unehelichen Sohn Andri als gerettetes Judenkind aus. So waren ihm Ansehen und Unterstützung gewiss. Inzwischen aber ist Andorra von antisemitischen Vorurteilen durchsetzt. Und gerade Andri entspricht nach Meinung der Andorraner genau jenem Bild, das sie sich von einem Juden gemacht haben, was sie ihm einzubläuen nicht müde werden. Der junge Mann, zutiefst verachtet, zum anders sein gezwungen, fügt sich im Ringen um die Frage nach der eigenen Identität schliesslich dem ihm zugedachten Schicksal.

### 21./22. Januar 2016

**DIE VERSCHWUNDENEN (Zeughaus Glis)**

Das Theaterstück «Die Verschwundenen» über eine zerrissene Familie spielt in Argentinien. 1976 ergreift das Militär die Macht. Oppositionelle verschwinden, werden gefoltert und ermordet. Jahre später hört ein vierzehnjähriger Junge, aufgewachsen in einem vornehmen Villenviertel der Stadt Buenos Aires, plötzlich auf zu sprechen – vielleicht weil Unfassbares keine Worte findet. Als er im Fernsehen einen Grossvater sieht, der seinen Enkel sucht, muss er plötzlich erkennen, dass der Junge, dessen Bild der alte Mann mit sich herum trägt – er selber ist…

**21.01.2016, 19.00 Uhr, 22.01.2016, 10.00 und 13.30 Uhr.**

Zeughaus Glis: Die Verschwundenen.

Kellertheater Brig: Uta Köbernick.

### Der Besondere Film

| KINO ASTORIA, VISP, JEWEILS 20.30 UHR | |
|---|---|
| 07.12.15 | Der Staat gegen Fritz Bauer |
| 14.12.15 | 45 Years |
| 21.12.15 | Dheepan |
| 28.12.15 | A Walk in the Woods |
| 04.01.16 | Carol |
| 11.01.16 | Lamb |
| 18.01.16 | Multiple Schicksale |
| 25.01.16 | Coconut Hero |

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis
direkt zum Abo der Roten Anneliese

Die RA abonnieren – oder verschenken

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Geschenk-ABO an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 80 Franken.
☐ Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.

Talon bitte ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis
oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch

ROTE ANNELIESE | NR. 234 | SEPTEMBER 2015 7

Freysinger & Ursprung: Die SVP-Politiker tricksten SP-Stadtrat Schmidhalter aus – als er krank war.

Briger Stadtrat sabotiert gesetzeswidrig Lehrlinskontrollen:

SVP-Mischler lassen 600 Lehrlinge links liegen

Brig-Glis | Seit bald zwei Jahren verstösst der Briger Stadtrat bewusst gegen geltendes Lehrlingsrecht. Der zuständige Staatsrat Freysinger schaut nicht nur zu, sondern unterstützt dieses gesetzeswidrige Vorgehen auch noch.

Martin Germann

Das kantonale Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung schreibt in Artikel 25 klipp und klar vor: «Jede Gemeinde benennt ein Kommission, die zu Beginn jeder Amtsperiode durch den Gemeindepräsidenten ernannt wird.» Und ebenso unmissverständlich sind die gesetzlichen Aufgaben dieser Kommission. Diese haben sicherzustellen, dass jede Lehre, die auf ihrem Gebiet ausgeführt wird, gut verläuft. Hinzu kommt die Aufgabe, alle Lernenden des ersten oder zweiten Lehrjahres mindestens einmal an ihrem Arbeitsplatz zu besuchen.

In drei der vier grössten Oberwalliser Talgemeinden (Visp, Naters und Leuk) funktioniert dies gemäss Angaben der Gemeinden einwandfrei. Nicht so in Brig-Glis. Dort weigerte sich der Stadtrat während Jahren, überhaupt eine Berufsbildungskommission einzusetzen. Man werde erst reagieren, wenn der Kanton dies verlange. Nach Medienberichten, einer Intervention des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes (OGB) und einer Interpellation von Grossrat German Eyer wurde schliesslich widerwillig eine Kommission gebildet.

Der grosse Haken dabei: Die Kommission unter dem Präsidium von SP-Stadtrat Karl Schmidhalter wurde bis heute nicht aktiv! Und das mit Zustimmung des zuständigen SVP-Staatsrats Oskar Freysinger. Der Bildungsminister hatte sich mit dem Briger Stadtpräsidenten und Parteifreund Louis Ursprung auf diesen Gesetzesbruch geeinigt. Laut dieser Bellizwortet Freysinger die Praxis, dass erst interveniert wird, wenn Beschwerden von Lehrlingen oder Lehrmeistern vorliegen. In der Gemeinde Brig-Glis wird also wissentlich und willentlich gegen geltendes Recht verstossen. Wichtige Aufgaben des Berufsbildungsgesetzes werden schlichtweg ignoriert.

Als die Rote Anneliese Staatsrat Freysinger mit den Vorwürfen konfrontierte, dass in Brig weiterhin keine Betriebs- und Lehrlingsbesuche durchgeführt werden, blockte dieser ab. Er schob die ganze Verantwortung auf den zuständigen Stadtrat Karl Schmidhalter. Freysinger schreibt, er sei darüber informiert worden, dass Stadtrat Karl Schmidhalter seine Tätigkeit als Präsident der Berufsbildungskommission aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen könne. Die Gemeinde habe ihren Auftrag wahrgenommen, aber der Ausfall von Schmidhalter habe sie vor ein Problem gestellt. Eine faule Ausrede von Freysinger, die klomesserweit von Sitten bis Brig stinkt. Denn die betreffende Mail, in welcher Gemeindeschreiber Edmund Brogli Freysinger über den Krankheitsausfall von Schmidhalter informiert, datiert auf den 5. Mai 2014. Inzwischen ist Schmidhalter längst wieder arbeits- und einsatzfähig. Damit ist definitiv entlarvt, dass Staatsrat Freysinger, Stadtpräsident Ursprung und der Stadtrat von Brig in Wirklichkeit kein Interesse an einer funktionierenden Lehrlingskontrolle gemäss den gesetzlichen Vorgaben haben.

Warum akzeptiert ausgerechnet SP-Stadtrat Schmidhalter, dass ihm in einem wichtigen Zuständigkeitsbereich das Heft aus der Hand genommen wird? In seiner Abwesenheit rechtswidrige Abmachungen getroffen werden? Und wieso duldet er die Kaltstellung seiner eigenen Kommission? Die Rote Anneliese hat Schmidhalter mit diesen Fragen konfrontiert. Schmidhalter erklärt die fehlende Kontrolle unter anderem mit der sehr hohen Anzahl von 600 Lehrlingen, die es auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Brig-Glis gibt. Die Einschedlung, keine regelmässigen Kontrollen durchzuführen, sei vom Stadtrat gefällt worden. Er werde, falls Anlass dazu bestehe, intervenieren, um die momentan gängige Praxis zu ändern.

Dies ist dann wohl auch dringend notwendig. Die Zahl von Lehrlingen, abteilichen ist unverständlich hoch. Besuche von Berufsbildungskommissionen können dem tolerise eingegangen wirken. Doch nicht nur das. Sie haben die Besuche auch eine präventive Wirkung. Konflikte können früher erkannt und behoben werden und die Lehrlinge werden sich der Existenz der Berufsbildungskommission bewusst.

**Info**

Falls Probleme in der Lehre auftreten, können sich Betroffene bei der Lehrlingskommission ihrer Gemeinde melden. Die Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat eine lesenswerte Broschüre mit dem Titel «Ich kenne meine Rechte – Lehrlings- und Jugendrecht» von A bis Z» herausgegeben. Dies gibt es in gedruckter Form beispielsweise im Unia Büro in Visp oder digital unter folgendem Link: http://bit.ly/1dDz2b

## Nach RA-Bericht über Briger Berufsbildungskommission:

# Gewerkschaften machen den Schlossherren Beine

**Brig |** In der letzten Ausgabe berichtete die Rote Anneliese über das Treiben des Briger Stadtrates, der mit Schützenhilfe von SVP-Staatsrat Freysinger konsequent die Durchführung von Lehrlingskontrollen sabotiert. Der Oberwalliser Gewerkschaftsbund hat nun beim Walliser Staatsrat eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht.

**Martin Germann**

Département de la formation et de la sécurité
Service de la formation professionnelle

Departement für Bildung und Sicherheit
Dienststelle für Berufsbildung

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Stadtgemeinde Brig-Glis
Herrn
Stadtpräsident
Louis Ursprung
Alte Simplonstrasse 28
3900 Brig

Unsere Ref. CP/JK
Ihre Ref.
Datum 1. Oktober 2015

**Aufsichtsbeschwerde des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes gegen die Stadtgemeinde Brig-Glis**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrter Herr Ursprung

In der Beilage senden wir Ihnen eine Kopie der Aufsichtsbeschwerde vom 2. September 2015 des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes betreffend die Berufsbildungskommission der Stadtgemeinde Brig-Glis gemäss Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EGBBG) vom 13. Juni 2008 (Artikel 25 und 27).

Wir bitten Sie uns eine schriftliche Stellungnahme der Stadtgemeinde Brig-Glis zukommen zu lassen, in welcher Sie den Standpunkt der Gemeinde zur Aufsichtsbeschwerde festhalten.

Im Voraus danken wir Ihnen für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüsse

Claude Pottier
Dienstchef

Seit Jahren verhindert der Briger Stadtrat, dass die Berufsbildungskommission ihre Arbeit machen kann. Eine klare Missachtung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen. Eine Absprache von SVP-Staatsrat Oskar Freysinger und dem Briger Stadtpräsidenten Louis Ursprung machte es möglich, dass die Berufsbildungskommission faktisch untätig blieb. Die Kommission verzichtete also auf die gesetzlich vorgeschriebenen Besuche in den Lehrlingsbetrieben.

Aufgrund der Berichterstattung der Roten Anneliese reichte der Oberwalliser Gewerkschaftsbund im September eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Briger Stadtgemeinde bei der kantonalen Dienststelle für Berufsbildung ein. Diese reagierte und forderte von der Briger Stadtgemeinde eine schriftliche Stellungnahme, in welcher sie ihren Standpunkt darlegen sollte.

Als die Rote Anneliese bei Stadtpräsident Louis Ursprung nachfragte, wie die Gemeinde auf die Aufsichtsbeschwerde reagieren wolle, verwies Ursprung auf SP-Stadtrat Schmidhalter. Dabei scheint Ursprung vergessen zu haben, dass er es einst war, welcher mit Freysinger einen Deal einging. Immerhin scheint sich nun doch etwas zu tun. Auf Anfrage der Roten Anneliese berichtet Schmidhalter, dass er momentan dabei sei, eine genaue Zusammenstellung aller Lehrlinge im Bereich der Stadtgemeinde Brig-Glis zu machen. Niemand wisse, ob die immer wieder erwähnte Zahl von 600 Lehrlingen auch tatsächlich zutreffe. Sobald diese Zahlen bekannt seien, werde er mit der Berufsbildungskommission zusammenkommen und das weitere Vorgehen prüfen. Der O-Ton innerhalb des Stadtrates sei aber weiterhin, dass man nicht proaktiv tätig sein wolle. Wir sind gespannt, wie es mit der Berufsbildungskommission von Brig-Glis weitergeht. Fakt ist, dass das aktuelle Vorgehen klar gesetzeswidrig ist. Und eine schriftliche Stellungnahme der Stadtgemeinde Brig-Glis zur Aufsichtsbeschwerde des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes steht immer noch aus. Für die Lehrlinge in Brig-Glis bleibt zu hoffen, dass die angekündigten Massnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. ■

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 BRIG | NR. 235 | DEZEMBER 2015
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis